BUNDESFORUM FAMILIE

# Familie und Flucht

## Familie leben, in der Gesellschaft ankommen

## Impressum

Bundesforum Familie
Ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft
der deutschen Familienorganisationen e. V.
Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14
10785 Berlin

Tel.: 030 2902825-70
Fax: 030 2902825-89

info@bundesforum-familie.de
www.bundesforum-familie.de

Oktober 2017

Redaktion:
Dr. Laura Block (Projektkoordinatorin)
Luise Essen, Christine Ludwig

Bildnachweise:
S. 3 & Titel: Rawpixel.com/Shutterstock.com
S. 4: Gudrunursula „Beste Kumpel", CC-Lizenz (BY 2.0)*, piqs.de
S. 9 & Titel: ESB Professional/Shutterstock.com
S. 11: woodleywonderworks, „hands, school picnic", CC-Lizenz (BY 2.0)*, Flickr.com
S. 15 & Titel: Rawpixel.com/Shutterstock.com
S. 18: Ana_Cotta „Bateu a saudade... faz um 31!!!", CC-Lizenz (BY 2.0)*, piqs.de
S. 21: Jacob Lund/Shutterstock.com
S. 23 & Titel: Olga Klochanko/Shutterstock.com
S. 26: Twinsterphoto/Shutterstock.com
S. 29: Mike Baird „Two Kids, boy and girl (Trysta), Watch the Parade, Covering Ears from Noise from a Band", CC-Lizenz (BY 2.0)*, Flickr.com
Family Icons: kenshi991/fotolia.com
Alle anderen Fotos: AGF e. V.
*) http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/de/deed.de

Gestaltung:
Manu Kaspar, manuka-pr.de

Druck:
dieUmweltDruckerei

# Inhalt

Einleitung ..... 2

Kapitel 1: Werte lernen in der Migrationsgesellschaft ..... 3

Aus der Veranstaltung ..... 3

Kapitel 2: Zugänge von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu Regelangeboten der Bildung ..... 9

Aus der Veranstaltung ..... 9

Zentrale Erkenntnisse des Fachforums ..... 12

Kapitel 3: Junge Geflüchtete und ihre Familien in der Kinder- und Jugendhilfe ..... 15

Aus der Veranstaltung ..... 15

Zentrale Erkenntnisse des Fachforums ..... 20

Kapitel 4: Familienzusammenführung von Geflüchteten ..... 23

Aus der Veranstaltung ..... 23

Zentrale Erkenntnisse des Fachforums ..... 27

Kapitel 5: Vielfältige Dimensionen von Familie und Flucht: Erkenntnisse und weitergehende Fragestellungen ..... 31

# Einleitung

Kaum ein Thema hat die öffentliche Debatte in den letzten Jahren mehr bewegt als der Umgang mit den vielen geflüchteten Menschen, die Deutschland erreichen. Dabei hat fast jede Flucht auch eine Familiendimension: Viele Familien flüchten im Verbund, sie kommen in Deutschland gemeinsam an oder werden auf der Flucht getrennt und müssen sich in Europa wiederfinden. Andere Menschen flüchten zunächst alleine und möchten häufig ihre Familien später nachziehen lassen. Auch erreichen Deutschland alleinflüchtende Kinder und Frauen, die besondere Unterstützungs- und Schutzbedarfe mitbringen. Was macht Flucht mit Familien? Welche familienspezifischen Belange haben geflüchtete Familien? Wie können sie am Besten in bestehende Unterstützungsnetzwerke eingebunden werden bzw. welche neuen Angebote müssen geschaffen werden? Welche Relevanz haben geflüchtete Familien für familienpolitische Verbände und Akteure? Diesen und weiteren Fragen widmete sich das Bundesforum Familie als unabhängiges Netzwerk, das sich durch die aktive Zusammenarbeit der rund 120 Mitgliedsorganisationen der Verbesserung von Lebensbedingungen von Familien widmet, im Zeitraum 2016-2017.

Das Thema war in einem partizipativen Prozess Ende 2015 ausgewählt worden: Zahlreiche Mitgliedsorganisationen hatten im Vorfeld von ihrer Möglichkeit, Themen zur Bearbeitung vorzuschlagen, Gebrauch gemacht. Die mehr als 40 Einreichungen wurden vom Beirat sortiert und gebündelt sowie vier Themenbereiche ausgewählt: „Digitalisierung und Familie", „Elternschaften heute", „Familie und Flucht" sowie „Gewalt in der Familie". Bei der Netzwerkversammlung im Dezember 2015 wurden diese an Thementischen in vier Runden diskutiert, anschließend wurde „Familie und Flucht" zum Schwerpunktthema für die nächsten zwei Jahre im Bundesforum Familie gewählt.

In der aktuellen Arbeitsphase hat sich das Bundesforum dem Thema in „Fachforen" genähert, die allen Mitgliedsorganisationen offen standen. In einer Auftaktveranstaltung im April 2016 wurden folgende Schwerpunktthemen für die Fachforen erarbeitet, die im Laufe der Jahre 2016 und 2017 stattfanden: „Werte lernen in der Migrationsgesellschaft", „Zugänge von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu Regelangeboten der Bildung", „Junge Geflüchtete und ihre Familien in der Kinder- und Jugendhilfe" sowie „Familienzusammenführung von Geflüchteten". Betreut und verantwortet wurden die Fachforen jeweils von kleineren Ad-Hoc-Arbeitsgruppen aus den Reihen der Mitglieder. Diese konzipierten die jeweiligen Fachforen, analysierten die Diskussionsverläufe und formulierten darauf aufbauend konkrete Ergebnisse aus den Veranstaltungen. Durch dieses Format hatten im Verlauf der Projektphase stets alle Mitglieder die Möglichkeit, sich in die Bearbeitung einzubringen. Zudem gab es gute Möglichkeiten, bei Bedarf Expertise von außen einzuholen und den Facettenreichtum des Themas widerzuspiegeln.

Aufgrund einer durchweg sehr hohen und kontinuierlichen Beteiligung aus den Mitgliedsorganisationen sowohl in den Ad-Hoc-Arbeitsgruppen als auch bei den Fachforen selber waren die Diskussionen im Laufe der gesamten Projektphase außergewöhnlich intensiv.

In dieser Publikation finden sich die Berichte zu den Diskussionsverläufen auf den Veranstaltungen sowie die Ergebnispapiere, die von den jeweiligen Ad-Hoc-Arbeitsgruppen im Nachgang erstellt wurden. Den Abschluss bildet ein gemeinsames Kapitel vom Beirat des Bundesforums Familie und den Mitgliedern der Ad-hoc-Arbeitsgruppen, das die Zusammenhänge der Fachforen betrachtet und einen Ausblick gibt.

# Kapitel 1

## Werte lernen in der Migrationsgesellschaft

### Aus der Veranstaltung

Mit dem ersten Fachforum „Werte lernen in der Migrationsgesellschaft“ mit knapp 50 Teilnehmenden stieg das Bundesforum Familie am 07. Oktober 2016 in die inhaltliche Arbeit zum Thema „Familie und Flucht“ ein. Eine 7-köpfige Ad-Hoc-Arbeitsgruppe aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen hatte das Fachforum vorbereitet, das von einem spannenden Impulsvortrag von Prof. Dr. Friedrich Heckmann (europäisches forum für migrationsstudien an der Universität Bamberg) zum Thema Werte in der Migrationsgesellschaft eingeleitet wurde.

Prof. Dr. Heckmann erläuterte in seinem Vortrag zunächst einige sozialisationstheoretische Grundlagen. Werte seien als grundlegende Maßstäbe des individuellen Handelns sowie des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verstehen. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stabilität von Institutionen sei eine gewisse Wertegemeinsamkeit eine zentrale Bedingung. Um sich in eine Gesellschaft integrieren zu können, müssen Werte also gelernt werden. Integration ist für Heckmann ein Sozialisationsprozess und besteht – dem Soziologen Hartmut Esser folgend – aus vier Dimensionen, die in wechselseitigen Kausalbeziehungen zueinander stünden: der strukturellen Integration (in Schule, Arbeits- und Wohnungsmarkt etc.), der sozialen Integration (Freundschaften, Vereine etc.) und der identifikativen Dimension (z.B. als syrischer Deutscher); besondere Bedeutung sei dem Spracherwerb als Teil der vierten Dimension, der kulturellen Integration, beizumessen. In seinem Vortrag erläuterte Heckmann, dass sich trotz pluralistischer Struktur unserer Gesellschaft im Prinzip bestimmte Merkmale deutscher Kultur identifizieren ließen, die sie von der Kultur anderer Länder unterscheide. Bei der Definition der „deutschen Leitkultur“ spiele vor allem die einheitliche Sprache und deren kulturelle Produktion eine zentrale Rolle. Darin zeige sich laut Heckmann eine kulturelle empirische Realität, der

sich Zugewanderte stellen müssen. Jedoch werde der Begriff der Leitkultur in Bezug auf Migrant_innen nicht als empirische Realität wahrgenommen, sondern vielmehr als eine „an sie gerichtete Zumutung einer Assimilation". Dieser Widerspruch führe dazu, dass der Begriff der Leitkultur „umstritten, emotional stark aufgeladen und mit politischen Auseinandersetzung verbunden" sei. Das Betonen der „deutschen Leitkultur" führe laut Heckmann eher dazu, dass die Herkunftsidentität deutlicher wiederbelebt und verstärkt werden würde. Er betonte, dass demnach nur die Anerkennung und der Respekt der mitgebrachten Religionen, Traditionen, Sprachen etc. zu mehr kultureller Gemeinsamkeit führen könne. Es setze außerdem die Offenheit der Aufnahmegesellschaft für die Partizipation und Identifizierung der Migrant_innen voraus. Zu dieser Offenheit gehöre auch, so Heckmann, sich die Frage zu stellen: Müssen wir uns – schon im Interesse des Friedens – nicht darauf einstellen, mehr zu teilen und nicht nur unseren Wohlstand zu mehren? Er unterstrich, dass man momentan an einer Zeitenwende zu stehen scheine, die die Chance berge, neue Formen internationaler und europäischer Zusammenarbeit zu entwickeln und das europäische Projekt voranzubringen; größer sei leider momentan jedoch die Gefahr, dass durch nationale Beschränktheiten eben jenes zerstört werde, was in vielen Jahren an europäischen Errungenschaften für Frieden und Wohlstand erreicht worden sei.

Im Anschluss an den Vortrag von Prof. Dr. Heckmann erinnerte Magda Göller, Mitglied im Beirat des Bundesforums, daran, dass das Thema des Fachforums große Schnittmengen mit früheren Rahmenthemen des Bundesforums aufweise. An die Erkenntnisse aus den Projektphasen „Migrationsfamilien" (2003 – 2004), „Kinder brauchen Werte" (2007 – 2009) sowie „Familie und Inklusion" (2013 – 2015) könne man deshalb gut anknüpfen. In all diesen Zusammenhängen zeige sich immer wieder, wie wichtig es sei, die zwei menschlichen Grundbedürfnisse nach Autonomie und Zugehörigkeit auszutarieren. Häufig werde vernachlässigt, wie hilfreich dabei die Selbstreflektion sein könne, also sich zu fragen: „Was ist mir wichtig? Warum? Wofür stehe ich?"

Intensive Diskussionen im Plenum schlossen sich an. Dabei wurde die Frage aufgeworfen, ob denn „unsere" Werte von den Zugewanderten tatsächlich im größeren Stil in Frage gestellt würden. Und wer das eigentlich sei: „Wir"? Schließlich sei „unsere" Gesellschaft keineswegs homogen, auch nicht in den Wertvorstellungen. Zudem hätte die Geschichte und hätten insbesondere die letzten Jahrzehnte gezeigt, dass Wertvorstellungen einem teilweise starken Wandel unterlägen. Als Beispiel wurden unter anderem der Umgang mit den Themen geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung oder Gewalt in der Erziehung genannt.

Nach der Mittagspause reflektierten die Teilnehmenden in drei parallelen Workshops die eigenen Erfahrungen mit dem Thema Werte in der Arbeit mit Geflüchteten und suchten gemeinsam nach Bausteinen für einen konstruktiven Wertedialog.

In allen drei Gruppen wurde dabei deutlich, wie wichtig der persönliche Kontakt zwischen den Menschen ist, um Vorurteile abzubauen. Wenn man sich mit Offenheit

und Respekt begegne, zeige sich meist, dass viele Wertvorstellungen geteilt würden. Da aus den geteilten Werten aber unterschiedliche, auch kulturell unterschiedlich geprägte Verhaltensweisen abgeleitet werden können, könne es zu Missverständnissen kommen.

Unterstrichen wurde mehrfach die Gefahr, innerhalb eines vermeintlich gut gemeinten Prozesses der Wertevermittlung durch Stereotype und „Labelling" Geflüchtete oder auch andere nicht-weiße Menschen zu diskriminieren und Rassismen auszusetzen. Ebenfalls betont wurde die Notwendigkeit, für Neuankommende Rechte zu stärken und Zugänge zu Bildung, Arbeit etc. zu schaffen, damit überhaupt ein Dialog auf Augenhöhe möglich sei.

Sorgen äußerten viele Teilnehmende auch im Hinblick auf den jüngsten Aufschwung von rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien, die massiv Stimmung gegen Geflüchtete, Muslim_innen sowie generell Andersdenkende machten. Das von Heckmann in seinem Vortrag erwähnte Konzept der „Leitkultur" wurde in allen Workshops kritisch hinterfragt bzw. geradeheraus abgelehnt.

## Der Dialog über Werte – ein Annäherungsprozess

Auf der Veranstaltung sowie beim Nachbereitungstreffen der Ad-Hoc-Arbeitsgruppe wurde deutlich, dass sich aus den geführten Diskussionsprozessen keine eindeutigen Schlussfolgerungen oder Positionierungen ausformulieren lassen. Die Debatten um das Thema Werte gestalten sich zu vielschichtig und komplex.

Vielmehr sind die Diskussionen als ein Annäherungsprozess an das Thema Werte zu betrachten, in dessen Kern immer wieder die Frage steht, welche Werte unsere Gesellschaft zusammenhält und was uns dabei verbindet. Wie viel Anpassung verlangt Integration von den geflüchteten Menschen und wie viel von der heimischen Bevölkerung? – Oder sollten wir von einer sich stets wandelnden inklusiven Gesellschaft ausgehen? Fest steht: Wir müssen über Werte reden. Wie kann ein respektvoller, konstruktiver Austausch gelingen? Auch stand schnell fest: es kann nicht nur um vermeintliche Wertedifferenzen zwischen Geflüchteten und Einheimischen gehen, sondern vor allem auch um die unterschiedlichen Wertvorstellungen innerhalb der deutschen Gesellschaft. Angesichts des scheinbar unüberwindbaren Grabens zwischen denjenigen, die sich für Geflüchtete stark machen, und denjenigen, die der Zuwanderung skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, ist eine Spaltung der Gesellschaft zu befürchten.

Das Thema „Werte" war auch auf die Agenda gesetzt worden, um auf die gesellschaftliche Debatte zu reagieren, die um die Frage kreist: Wie viel „Fremdes" kann Deutschland aushalten, ohne seine Identität zu verlieren? In dieser Debatte werden als Argumente vor allem die Religion, aber auch unterschiedliche Auffassungen von Partnerschaft, Erziehung und Familienleben ins Feld geführt. Die Werte der Geflüchteten passten einfach nicht zu unserer Kultur, heißt es immer wieder. Doch ist das tatsächlich so? Was genau soll das eigentlich heißen? Was verstehen wir unter Werten? Welche Werte sind uns wichtig? Unterscheiden diese sich tatsächlich grundlegend vom Wertesystem der neu Zugewanderten?

Dabei wurde anhand der Erfahrungen, die die Mitgliedsorganisationen in der Arbeit mit und für Flüchtlinge gemacht haben, ausgelotet, auf welche Art und Weise sich über Werte sprechen lässt. Als wichtige Elemente eines konstruktiven Wertedialogs, auf die sich alle einigen konnten, wurden in diesem Zusammenhang wiederholt genannt: vorurteilsbewusst zu agieren, sich der eigenen (Macht-)position bewusst zu sein, anderen auf Augenhöhe zu begegnen, Raum für Begegnungen, Austausch und Dialog zu schaffen sowie letztlich geduldig zu sein und dem Prozess des Zusammenwachsens Zeit zu geben. Die „Flüchtlingskrise" sei zwar der aktuelle Anlass, es sei aber zu jeder Zeit wichtig, sich darüber zu verständigen, in was für einer Gesellschaft wir leben wollten. Die Diskussionen förderten auch ganz klar zutage, dass unsere Gesellschaft in den verschiedensten Hinsichten bereits sehr vielfältig ist. So kam im Nachhinein die Idee auf, dass der

Titel des Fachforums „Werte lernen in einer immer diverser werdenden Gesellschaft“ adäquater gewesen wäre. Auch die Formulierung „Werte lernen“ war bewusst gewählt worden. Häufig sei von „Wertevermittlung“ die Rede. Demgegenüber verdeutliche „Werte lernen“, dass ein wechselseitiger Prozess notwendig sei, zu dem es für beide Seiten gehöre, sich der eigenen Wertvorstellungen wie auch der eigenen Identität und gesellschaftlichen Position bewusst zu werden. Das Fachforum hat zu diesem Prozess einen wichtigen Baustein beigetragen.

Die vielen Facetten der Diskussion auf dem Fachforum und innerhalb der Nachbereitungsgruppe sollen abschließend durch das folgende Schaubild und Passagen aus den persönlichen Reflexionen einiger Teilnehmer_innen illustriert werden.

Persönlichen Reflexionen einiger Teilnehmer_innen zum Thema Werte

„Der Titel der Veranstaltung ‚Werte lernen in der Migrationsgesellschaft‘ legt die Auffassung oder Hoffnung nahe, dass es einen definierten Weg, eine Handlungsanweisung oder auch Antworten geben könnte in einer gesellschaftlichen Situation, die uns – scheinbar – vor neue Herausforderungen stellt. Die Diskussion hat mir gezeigt, dass es diesen definierten Weg, diese Handlungsanweisungen oder Antworten (noch) nicht gibt. Die wichtigste Aussage dieser Fachtagung ist für mich: Nicht die Geflüchteten sind das Problem, die Auseinandersetzung mit ihnen (mit jeder Person und mit der Flüchtlingssituation allgemein) macht vielmehr Situationen und Probleme sichtbar.“

„Vielleicht sollten wir differenzierter betrachten, welche Gemeinsamkeiten wer mit wem teilt – statt immer nur auf die Unterschiede zwischen ‚den Deutschen‘ und ‚den Flüchtlingen‘ zu fokussieren. Die Betrachtungsperspektive prägt die Wahrnehmung – wer Unterschiede sucht, findet Unterschiede, wer Gemeinsamkeiten sucht findet Gemeinsamkeiten!“

„Ankommen und *Ankommen können* in einer Gesellschaft erfordern Zeit. Diese Zeit bedeutet Unsicherheit. Diese Unsicherheit muss von allen, also von denen, die hier leben und denen, die hier leben möchten, ausgehalten werden.“

„Die Identifikation von Migrant_innen und Geflüchteten mit Deutschland kann nur durch Offenheit unserer Gesellschaft gelingen, denn positive Akzeptanzerfahrungen tragen dazu bei, dass Menschen sich mit einer Gesellschaft identifizieren. Das große Engagement vieler Bürger_innen in der Flüchtlingshilfe trägt insofern in erheblichem Maße dazu bei, dass gute Voraussetzungen für gelingende Integrationsprozesse geschaffen werden.“

# Was benötigen Familien mit Fluchterfahrungen,

## ... damit sie unsere Werte verstehen, akzeptieren und anwenden können?

## ... damit ein konstruktiver Wertedialog ermöglicht werden kann?

Das erste Fachforum beschäftigte sich mit dem Thema „Werte lernen in der Migrationsgesellschaft“

Teilnehmende an der Ad-Hoc-Arbeitsgruppe:

- Gabriele Ivo (Pestalozzi-Fröbel-Verband)
- Birgit Merkel (Zukunftsforum Familie)
- Irmgard Pehle (Deutscher Frauenring)
- Hiltrud Stöcker-Zafari (Verband binationaler Familien und Partnerschaften | iaf)
- Julia Tegeler (Bertelsmann Stiftung)
- Esther Williges (Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter | Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Berlin)
- Petra Winkelmann (Sozialdienst katholischer Frauen – Gesamtverein)

## Folgende Mitgliedsorganisationen haben sich im Fachforum eingebracht:

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband; Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Berlin; Bertelsmann Stiftung; Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen; Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundesverband der Mütterzentren; Bundesverband für Kindertagespflege; Bundesverband russischsprachiger Eltern; Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften; Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung; Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie; Deutscher Frauenring; Deutsches Jugendinstitut; evangelische arbeitsgemeinschaft familie; Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland; Lesben- und Schwulenverband in Deutschland; Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz; Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung; Pestalozzi-Fröbel-Verband; Prager-Eltern-Kind-Programm; Sichtwechsel für gewaltfreie Medien; Sozialdienst katholischer Frauen – Gesamtverein; Verband binationaler Familien und Partnerschaften; Verband kinderreicher Familien Deutschland; Verein zur Förderung von Beziehungskompetenz; Zukunftsforum Familie

# Kapitel 2

## Zugänge von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu Regelangeboten der Bildung

### Aus der Veranstaltung

Wie wird der Zugang von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu Kindertagesbetreuung und Schule gewährleistet? Was sind die bestehenden Herausforderungen und welche Lösungsansätze gibt es? Um diese Fragen drehte sich das zweite Fachforum des Bundesforums Familie im Themenzyklus „Familie und Flucht" am 6. Dezember 2016. Rund 40 Teilnehmer_innen aus den Mitgliedsorganisationen nahmen die Gelegenheit zum Informationsaustausch und zur Vernetzung wahr.

In einem ersten Impulsvortrag berichtete Rainer Ohliger (Netzwerk Migration in Europa) über die formalen und strukturellen Zugänge und Hürden, denen Geflüchtete im Bildungsbereich begegnen. Grundlage seiner Ausführungen bildete die Arbeit der Robert-Bosch-Expertenkommission zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik. Dabei sei zu bedenken, dass noch nicht ausreichend quantitative Daten vorlägen, um belastbare Aussagen zu treffen. Ausgehend von den bisherigen Forschungsergebnissen könne man aber in etwa damit rechnen, dass die Zahl der Kinder in der Kindertagesbetreuung um 1,4 – 3,5 Prozent und die Zahl der zu beschulenden Kinder um 0,6 – 1,4 Prozent steige, wenn die seit 2015 nach Deutschland geflüchteten Kinder und Jugendlichen in den Bildungsinstitutionen ankämen. Die Institution Schule sei, auch aufgrund der relativ geringen zusätzlichen Schüler_innen bei ansonsten sinkenden Schüler_innenzahlen, vergleichsweise gut in der Lage, die Herausforderungen zu bewältigen. Größere Probleme seien in der Kindertagesbetreuung zu sehen, denn es gebe hier generell zu

wenig Plätze, zu wenig Personal und einen großen Bedarf an interkultureller Qualifikation der bereits hoch beanspruchten Fachkräfte.

Kompetenzen der pädagogischen Fachkräfte spielten auch im zweiten Impulsvortrag „Kinder geflüchteter Familien in der Kita" von Petra Wagner (Fachstelle Kinderwelten, Institut für den Situationsansatz) eine Rolle. Sie erläuterte den Ansatz der vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung, der dazu befähigen soll, Diversität zu respektieren und Diskriminierungen zu widerstehen. Der Leitsatz „Alle Kinder sind gleich, jedes Kind ist besonders!" verdeutliche die Spannung zwischen der Anerkennung gleicher Rechte und der Notwendigkeit, dabei die unterschiedlichen Lebensumstände von Kindern und Familien zu berücksichtigen. Anhand von praktischen Beispielen machte Wagner deutlich, wie Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkte gefunden und thematisiert werden können. Kitas und Schulen könnten so zu Orten „kultureller Demokratie" werden. Dies erfordere kontinuierliche Aushandlungsprozesse zwischen den Familienkulturen und den institutionellen Kulturen, mit einer Orientierung an der Leitlinie „Vielfalt respektieren, Ausgrenzung widerstehen!". Konkret bestehe dies darin, Unterschiede weder zu ignorieren noch überzubetonen, sondern respektvoll zum Thema zu machen. Gleichzeitig gelte es, Ausgrenzung und Diskriminierung zu erkennen und zu bekämpfen – und nicht den geflüchteten Familien die Schuld für (bildungs-)politische Versäumnisse zu geben.

Die beiden Hauptvorträge wurden ergänzt durch Praxisbeispiele aus den Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie. Dr. Apolonia Franco Elizondo berichtete von Sprachlernangeboten für geflüchtete Familien, die die IMPULS Deutschland Stiftung organisiert. Saadia Bouhaddou-Jasarevic stellte ein Patenschaftsprojekt des Zentralrats der Muslime in Deutschland vor. Die Vernetzung und fachliche Begleitung von Modellkitas in Berlin, die mit geflüchteten Kindern arbeiten, war Gegenstand des Inputs von Marlies Knoops von der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder. Dass geflüchtete Kinder aber auch in der Kindertagespflege unterkommen können und welche Schritte aktuell zur Vernetzung und Unterstützung der Tagespflegepersonen wie auch der geflüchteten Familien unternommen werden, verdeutlichte Ilka Ruhl vom Bundesverband für Kindertagespflege.

Anschließend kamen die Teilnehmer_innen in zwei parallelen Foren mit Expert_innen zusammen. Forum 1 hatte die frühkindliche Bildung zum Thema, in Forum 2 wurde zum Themenbereich Schule diskutiert. In beiden Gruppen waren die leitenden Fragen: Was sind die Faktoren, die dazu beitragen, dass Zugänge von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu Bildungsangeboten geschaffen und genutzt werden? Wo liegen die Herausforderungen? Was muss geschehen, dass bestehende Probleme bewältigt werden können?

Dr. Jürgen Wüst von der Karl-Kübel-Stiftung moderierte das Forum 1 zum Thema frühkindliche Bildung. Zwei Expertinnen eröffneten hier die Diskussion. Helena Saba stellte die Aktivitäten von „Willkommen KONKRET" vor, dem Berliner Bündnis für Kinder geflüchteter Familien, einer zivilgesellschaftlichen Initiative von Menschen aus der frühpädagogischen Praxis und Theorie, aus Verwaltung, Therapie sowie Fort- und Weiterbildung. Das Bündnis arbeite gemeinsam daran, allen in Berlin lebenden Kindern von Beginn an Zugang zu frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung zu verschaffen und ihnen die Rechte zu sichern, die ihnen laut Kinderrechtskonvention zustehen. Sie machte deutlich, welche Akteure an der Inklusion von Kindern in Einrichtungen frühkindlicher Bildung beteiligt sind und wie wichtig deren Vernetzung ist, nicht zuletzt auch um sich gegenseitig in den entsprechenden Praxisfeldern zu unterstützen und zu stärken. Maria Korte-Rüther vom Niedersächsischen Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) ergänzte dies mit Erfahrungen aus der Qualifizierung und Vernetzung von Fachkräften und Einrichtungen. Die Kita sei ein, wenn nicht sogar der Ort der Vielfalt von Anfang an. Hier kämen Familien und Kinder aus den unterschiedlichsten Ländern und Kulturen, mit unterschiedlichsten sozio-ökonomischen Hintergründen und unterschiedlichsten körperlichen und geistigen Fähigkeiten zusammen, um gemeinsam zu spielen und zu lernen, um Freundschaften zu knüpfen und Freude zu haben. Zurzeit würden in Niedersachsen bei-

spielsweise etwa 200 Multiplikator_innen im Rahmen der Qualifizierungsinitiative des Kultusministeriums „Vielfalt fördert! Vielfalt fordert!“ fortgebildet, um Fachkräfte beim Umgang mit Diversität in Kitas zu unterstützen. Dabei seien die Reflexion des professionellen Selbstverständnisses und der eigenen pädagogischen Orientierungen zentrale Bestandteile der folgenden Qualifizierungen in den Einrichtungen. Zudem gehe es zentral um die Frage, welchen Beitrag die Einrichtungen darüber hinaus leisten können, um sich in den Sozialraum zu öffnen.

Forum 2, das parallel stattfand und von Dr. Mehmet Alpbek (Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland) moderiert wurde, hatte die Zugänge von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zur Schule im Blick. Hier berichtete zunächst Lara Stothfang, Grundschullehrerin in Berlin, von ihren Erfahrungen mit geflüchteten Kindern in der Schule und der von ihr ins Leben gerufenen Initiative HUCKEPACK, die sehr erfolgreich Patenschaften an geflüchtete Kinder zwischen 6 und 18 Jahren in Berlin vermittelt. Die ehrenamtlichen Patinnen und Paten würden sich etwa einmal wöchentlich mit ihren Patenkindern treffen und gemeinsam Freizeitaktivitäten unternehmen, sowie sie beim Deutschlernen und auch bei schulischen Belangen unterstützen. Die erklärten Ziele der Initiative seien es, Geflüchtete Willkommen zu heißen, ihnen das Ankommen zu erleichtern, Vorurteile abzubauen, Kinder zu stärken und einen gegenseitigen Austausch zu fördern, indem Barrieren abgebaut würden. Anschließend schilderte Tom Erdmann (GEW Berlin) die gewerkschaftliche Sichtweise auf die Zugänge von jungen Geflüchteten zur Schule im Land Berlin. Das System der sogenannten „Willkommensklassen“, in denen geflüchtete Kinder separat unterrichtet werden und dort vor allem die deutsche Sprache lernten, sei in den letzten zwei Jahren rasant ausgebaut worden: mittlerweile gebe es 1000 solcher Klassen mit insgesamt etwa 12000 geflüchteten Schüler_innen in Berlin. Allerdings fehlten vielerorts geeignete Lehrkräfte für diese Klassen, auch würde der Unterricht bei Erkrankung der Lehrkräfte oft nicht vertreten, sondern falle aus. Wichtig sei der GEW ein Ausbau von Erzieher_innenstellen im Ganztagsbereich, eine deutliche Stärkung der Schulpsychologie wie auch ein klarer Abschiebestopp für Kinder. Sybille Siegling, Referentin beim Sekretariat der Kultusministerkonferenz, legte abschließend die teils recht unterschiedlichen Bemühungen der Bundesländer im Bereich der schulischen Inklusion junger Geflüchteter dar. So greife die Schulpflicht beispielsweise in Hamburg „ab dem ersten Tag“, in vielen anderen Ländern erst nach Zuweisung der geflüchteten Kinder in die Kommunen, wenn diese „ihren gewöhnlichen Aufenthalt“ dort etabliert hätten. Flächendeckend gebe es in allen Ländern den Anspruch, so schnell wie möglich alle Kinder zu beschulen. Die angewandten Sprachförderkonzepte seien aufgrund der Gegebenheiten vor Ort vielfältig. Leider fehle bislang aber eine konsistente wissenschaftliche Evaluation der eingesetzten Methoden und Praktiken, um entsprechende Empfehlungen aussprechen zu können. Als vorteilhaft hob Siegling hervor, dass sich durch die notwendige Handhabe des Zuzugs geflüchteter Kinder vielerorts neue Kommunikations- und Kooperationsstrukturen auf kommunaler Ebene gebildet hätten, was auch für andere Bereiche durchaus positive Synergien freisetzen könne.

Wie wird der Zugang von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu Kindertagesbetreuung und Schule gewährleistet? Was sind die bestehenden Herausforderungen und welche Lösungsansätze gibt es? Um diese Fragen drehte sich das zweite Fachforum.

Die Leitfragen der Foren wurden in der abschließenden Fishbowl-Diskussion mit allen Teilnehmenden noch einmal aufgegriffen. Dabei wurde deutlich, dass der Bedarf in erster Linie auf personeller Seite gesehen wird. Zum einen sei es unbedingt notwendig, über ausreichend personelle Ressourcen verfügen zu können, um mit Diversität in den Bildungsinstitutionen angemessen umzugehen. Zum anderen bedürfe es bei den Fachkräften einer bestimmten Haltung als Teil ihrer Professionalität, die es zu entwickeln gelte. Elemente einer solchen Haltung seien Offenheit und Augenhöhe. „Der eigentliche Gelingensfaktor ist, dass wir es wirklich wollen!", formulierte es eine Teilnehmerin.

## Zentrale Erkenntnisse des Fachforums „Zugänge geflüchteter Kinder und Jugendlicher zu Regelangeboten der Bildung"

### Heterogenität im Bildungsbereich herstellen

Alle Kinder in Deutschland müssen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung haben, damit sie in Gegenwart und Zukunft volle gesellschaftliche Teilhabe leben können. Das ist ein erklärtes Ziel von Inklusion, wie bereits 2015 in der Publikation „Familie ist Vielfalt: Inklusion leben, Teilhabe sichern" des Bundesforums Familie festgestellt wurde. Wenn dieses Ziel wirklich ernstgenommen und zu Ende gedacht wird, dann schließt dies selbstverständlich auch Kinder und Jugendliche aus geflüchteten Familien mit ein. Inklusion bedeutet auch: nicht die Kinder müssen sich an die Bildungsinstitutionen „anpassen", sondern die Bildungsinstitutionen müssen sich so öffnen und umgestaltet werden, dass allen Kindern, egal welche Hintergründe oder Eigenschaften sie mitbringen, eine Teilhabe an Bildung ermöglicht wird. Insofern muss das Erarbeiten und Stärken einer wirklich inklusiven Haltung, die selbstverständlich auch Geflüchteten gegenüber zum Tragen kommt, ein Grundstein aller Anstrengungen sein – bei Fach- und Lehrkräften, in der Verwaltung sowie bei den nicht geflüchteten und den geflüchteten Kindern und Eltern, ja letztlich innerhalb der gesamten Gesellschaft.

Sowohl in vielen Mitgliedsorganisationen als auch auf allen Ebenen der Gesellschaft wird schon viel getan, um geflüchteten Kindern einen möglichst schnellen, reibungslosen und erfolgreichen Zugang zu Bildungsangeboten zu ermöglichen. Es ist wichtig, die Bestrebungen verschiedener Akteure noch intensiver zu vernetzen und voneinander zu lernen. Oft muss das Rad nicht neu erfunden werden: Es gibt selbstverständlich schon vielerorts einen großen Erfahrungsschatz bezüglich der Bildungsteilhabe von Kindern mit Migrations- und Fluchterfahrung, den es zu erkennen und anzuwenden gilt. Auch sollten bestehende Strukturen und Kooperationsmög-

lichkeiten intensiver und flexibler genutzt werden, und so die vorhandenen Versäulungen von Unterstützungsstrukturen, Angeboten und Leistungen, die im gesamten sozialen Bereich problematisch sind, weiter abzubauen.

Grundsätzlich gilt: Auch wenn an mancher Stelle eventuell gezielte Fördermaßnahmen stattfinden müssen, sollten geflüchtete Kinder schnellstmöglich in Regelangebote aufgenommen werden und nicht in separaten Sonderklassen und -gruppen segregiert werden. Mit dem Prozess der Inklusion von Kindern mit Behinderungen hat sich die Gesellschaft explizit aufgemacht, Sondersysteme abzuschaffen. Sie sollten keinesfalls im Kontext geflüchteter junger Menschen wieder errichtet werden. Ebenso gilt es, die vielfältigen Ressourcen von geflüchteten Kindern wahrzunehmen und zu unterstützen: nicht selten werden im Kontext von Flucht Kinder aus bildungsaffinen Familien erst durch starre Institutionen in Deutschland „bildungsfern gemacht."

## Fachkräftemangel abbauen, Qualifizierung der Fachkräfte sichern

Generell herrscht im Gebiet von Bildung und Erziehung, genau wie im gesamten sozialen Bereich, ein Fachkräftemangel, zudem fehlen vielerorts oft auch die Ressourcen, um zusätzliche Kräfte – wenn es sie denn auf dem Markt gäbe – einzustellen. Mit dem Zuzug von geflüchteten Kindern in unsere Bildungssysteme wird diese Schieflage noch prononcierter: Wir brauchen mehr Fachkräfte, weil mehr Kinder da sind, außerdem brauchen wir qualifiziertere Fachkräfte, da diese teils mit zunehmend komplexeren Aufgaben konfrontiert werden. Interkulturelle Kompetenzen und Umgang mit Traumata sind beispielsweise zwei Aspekte, die im Kontext von geflüchteten Kindern – aber nicht nur dort! – wichtig sind. Eine weitere, teilweise neue Herausforderung für Lehr- und Fachkräfte ist sicherlich das Spannungsfeld zwischen restriktiver Asylpolitik und inklusiver Bildungs- und Sozialpolitik: Die erklärten Ziele, allen Kindern Zugänge zu Bildung zu ermöglichen und Bildungsorte als sichere Umgebungen für alle Kinder zu etablieren, bekommen in Zeiten, in denen Abschiebungen direkt aus den Klassenzimmern möglich sind, neue und eklatante Relevanz.

## Gut betreut von Anfang an, Ausbau und Qualität frühkindlicher Bildung

Gerade im frühkindlichen Bereich muss der begonnene intensive quantitative Ausbau von Betreuungsplätzen natürlich voranschreiten, damit alle Kinder – ob geflüchtet oder nicht – in den Genuss ihres Rechtes auf frühkindliche Bildung kommen. Gleichzeitig muss jedoch auch ein hohes Maß an Qualität gesichert sein, denn nur so kann frühkindliche Bildung sich wirklich als nachhaltige Zukunftsinvestition entfalten. Insofern müssen auch deutlich mehr Ressourcen in den Fachkräfteausbau fließen, damit das Bildungspersonal, das für eine qualitativ hochwertige Bildung für alle Kinder gebraucht wird, auch flächendeckend zur Verfügung stehen kann. Ebenso wichtig ist eine Sensibilität und gelebte Wertschätzung für mitgebrachte Sprachen, bei gleichzeitiger Unterstützung dabei, die Verkehrssprache Deutsch so schnell wie möglich zu lernen.

## Anerkennung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements

Die außerordentlichen Beiträge, die in den vergangenen Jahren durch das Ehrenamt in der Unterstützung von Geflüchteten realisiert wurden, müssen hoch wertschätzend anerkannt werden: Sie legen ein beachtliches Zeugnis unserer Zivilgesellschaft ab. Nicht nur wurde wichtige materielle und praktische Unterstützung geleistet, es fanden so auch vielerorts wertvolle Begegnungen zwischen geflüchteten Menschen und Menschen vor Ort statt: Diese persönlichen Kontakte sind ein wichtiger Schritt für eine nachhaltige Inklusion geflüchteter Menschen in unsere Gesell-

schaft. Dennoch steht fest: ehrenamtliche Unterstützer_innen können und sollen Fachkräfte im Hauptamt nicht ersetzen. Eine intensive Vernetzung von Fachkräften und freiwilligen Unterstützer_innen ist ebenso wichtig wie die professionelle Koordination, Begleitung und Supervision von ehrenamtlichen Strukturen.

## Rasche Inklusion für geflüchtete Kinder und Jugendliche ermöglichen

Das Aufkeimen von rechtspopulistischen Kräften und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft, vor allem in Fragen der Asyl- und Einwanderungspolitik, bereiten vielen von uns Sorgen. Es ist als eine Kernaufgabe der Bildungs- und Sozialpolitik anzusehen, durch eine rasche Inklusion geflüchteter Kinder und Jugendlicher in die deutsche Bildungslandschaft geflüchteten Familien nachhaltig gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und somit auch ein Stück gesellschaftlicher Kohäsion wiederherzustellen.

Teilnehmende an der Ad-Hoc-Arbeitsgruppe:

- Dr. Mehmet Alpbek (Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland | FÖTED)
- Sabine Bonewitz (Stiftung Lesen)
- Dr. Susanne Eggert (Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis)
- Beate Helmke (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung)
- Anna Traub (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge)
- Dr. Jürgen Wüst (Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie)

## Folgende Mitgliedsorganisationen haben sich im Fachforum eingebracht:

Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland; Arbeitskreis Neue Erziehung; Bertelsmann Stiftung; Bundesverband für Kindertagespflege; Bundesverband der Mütterzentren; Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder; Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft; Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand; Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; Die Linke Bundestagsfraktion; evangelische arbeitsgemeinschaft familie; Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland; IMPULS Deutschland Stiftung Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis; Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie; Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz; Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung; Pestalozzi-Fröbel-Verband; pro familia; Sichtwechsel für gewaltfreie Medien; SPD Bundestagsfraktion; Zentralrat der Muslime in Deutschland; Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland; Zukunftsforum Familie

# Kapitel 3

## Junge Geflüchtete und ihre Familien in der Kinder- und Jugendhilfe

### Aus der Veranstaltung

Welche Bedarfe haben junge Geflüchtete? Wie hat sich die Jugendhilfe angesichts des Zuzugs von jungen Geflüchteten und ihren Familien verändert? Diese und weitere Fragen wurden bei der Veranstaltung des Bundesforums Familie am 20. März 2017 im Rahmen des thematischen Schwerpunkts „Familie und Flucht" diskutiert. Über 50 Teilnehmer_innen setzten sich intensiv mit den aktuellen Herausforderungen und Konsequenzen hinsichtlich der Inklusion von geflüchteten Kindern und Jugendlichen und deren Familien in die Jugendhilfe auseinander.

### Inputs und Podiumsdiskussion

Bei einer anregenden Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis wurden diese Fragen von unterschiedlichen Seiten beleuchtet. Der Leiter des Jugendamts Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Rainer Schwarz, berichtete aus der Praxis seines Jugendamts, dass sich die Zahl der ankommenden geflüchteten Familien in den letzten Monaten insgesamt verringert hat, die Belastung der einzelnen Jugendämter in Berlin jedoch nach wie vor sehr hoch sei. Eine viel zu große Zahl von Familien müsse eine zu lange Zeit in Notunterkünften verweilen. Aus den damit verbundenen Lebensumständen entstünde ein hoher Unterstützungsbedarf. Es habe zwar in der Vergangenheit eine große Vielfalt von Initiativen und Projekten freier Träger und ehrenamtlicher Initiativen in diesen Unterkünften gegeben, jedoch stoße diese Form der Unterstützung zunehmend an ihre Grenzen. Er

berichtete über viele bürokratische Barrieren, einen erheblichen Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst und eine Vielzahl besonderer Herausforderungen, die noch zu überwinden seien. Beispielsweise könnten geflüchtete Kinder oftmals nicht aus den Willkommensklassen in den normalen Klassenverband und junge Menschen vielfach nicht in Ausbildung gebracht werden. Es gebe zwar eine Vielzahl von passenden Maßnahmen für junge Geflüchtete, jedoch seien die Jugendlichen ohne geklärten aufenthaltsrechtlichen Status in diese oft nicht vermittelbar. Positiv sei hingegen zu berichten, dass es durch die Zusammenarbeit von Jugendämtern mit freien Trägern zur Bildung von neuen, trag- und leistungsfähigen Netzwerken gekommen sei. Er fasste zusammen, dass die geflüchteten Familien zwar „in der Mitte der Jugendhilfe angekommen sind, dies aber oft noch nicht von der Mitte der Jugendhilfe so wahrgenommen wird". Dabei seien schon jetzt alle geflüchteten Kinder und Jugendlichen Teil unserer gemeinsamen Zukunft, unabhängig ob diese in Deutschland oder in ihrem Herkunftsland liege.

Heinz Müller, Geschäftsführer des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz, begrüßte das Thema des Fachforums und berichtete, dass die Kinder- und Jugendhilfe und viele familienbezogene Dienste trotz der enormen Herausforderungen sehr vielfältig und gut aufgestellt seien. Die Fachkräfte und die Zivilgesellschaft hätten in der Vergangenheit Hervorragendes geleistet. In kürzester Zeit mussten für viele hunderttausende von jungen Menschen und Familien neue Angebote geschaffen und bestehende Strukturen angepasst werden. Allerdings sei der Handlungsbedarf nach wie vor groß. Nach dem erforderlichen Krisenmanagement der letzten Jahre stünde jetzt der Strukturaufbau an. Auch er betonte, dass dies in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit deutlicher hervorgehoben werden müsse. Immer wieder würde er auf Legitimitätsprobleme bei der Kinder- und Jugendarbeit stoßen, obwohl sie eine zentrale Aufnahme- und Integrationsfunktion für Flüchtlingsfamilien erfülle. Er berichtete, dass es nun endlich für viele Projekte und Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe finanzielle Förderung gebe, aber dass es entscheidend sei, wie die einzelnen Maßnahmen und Projekte tatsächlich koordiniert würden und wie eine solide Regelförderung aussehen könnte. Dabei sei es wichtig, die Gesamtstruktur der Kinder- und Jugendhilfe nicht aus den Augen zu verlieren. Er bewertete zusammenfassend sehr positiv, dass das System der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt durch den Zuwachs von geflüchteten Familien in Bewegung geraten sei. Durch das Aufbrechen von Strukturen seien neue Möglichkeitsräume sichtbar geworden und es hätten sich viele neue Kooperationen gebildet.

Als Beigeordneter beim Deutschen Landkreistag ist Jörg Freese für die Kinder- und Jugendhilfe zuständig. Er betonte, dass es für eine gelingende Kinder- und Jugendhilfe unerlässlich sei, feste Strukturen zu schaffen, so dass Hilfe und Unterstützung längerfristig angelegt werden könnten. Er wies auch auf die Heterogenität in der Jugendhilfe hin. Im ländlichen Raum stoße die Jugendhilfe mit ihren Angeboten auf große Resonanz und sei insgesamt recht gut aufgestellt. Die jeweiligen Bedarfe und Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe hätten sich in den letzten Jahren ohnehin stark verändert. Angebote wie Jugendfreizeiten in Freizeitheimen müssten generell modifiziert und an die heutigen Bedarfslagen von jungen Menschen – ganz gleich ob geflüchtet oder nicht – angepasst werden.

Wilhelm Liebing, Mitglied im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen, berichtete aus seiner Praxis von der Niedrigschwelligkeit der offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen und dass diese von geflüchteten Jugendlichen viel und häufig frequentiert würden. Dabei sei zu beobachten, dass dies natürlich auch Auswirkungen auf die bisherigen Strukturen der Kinder- und Jugendeinrichtungen habe und sich das Spektrum teils verändere. Er stellte heraus, dass es vielfach eine hohe Fluktuation der Jugendlichen in den einzelnen Einrichtungen gebe. Um geflüchtete Jugendliche für die Einrichtungen zu interessieren, sei es besonders wichtig, auch die Eltern mit einzubeziehen und ihnen nicht die Kompetenz abzusprechen, für ihre Kinder sorgen zu können. So konnte er von einer offenen Jugendeinrichtung berichten, die auch von Großeltern, Eltern

Welche Bedarfe haben junge Geflüchtete? Wie hat sich die Jugendhilfe angesichts des Zuzugs von jungen Geflüchteten und ihren Familien verändert? Diese und weitere Fragen wurden im dritten Fachforum thematisiert.

und (auch jüngeren) Geschwistern von geflüchteten Jugendlichen besucht werde und somit fast die Atmosphäre eines Familienzentrums aufweisen würde. Liebing erklärte ebenfalls, dass viele Projekte und Vorhaben zurzeit so gut finanziert seien wie nie zuvor, gleichzeitig aber die Absicherung der Strukturen der offenen Jugendeinrichtungen vernachlässigt werde. Er betonte, dass in der Jugendarbeit in den vergangenen Jahren insgesamt zu wenig Geld investiert worden sei. Das habe sich jetzt teilweise geändert, aber dennoch sei es auch wichtig darauf zu achten, dass das Geld zielgerichtet ausgegeben werde und nicht durch z.B. Parallelförderung verschiedener Ministerien, gerade im Bereich der Projektförderung, teilweise verpuffe. Auch sei der Druck in der Kinder- und Jugendhilfe nicht überall gleich groß, so sei die Jugendhilfe im ländlichen Raum vielerorts in Relation zu den Anforderungen besser aufgestellt als in Großstädten.

## Diskussionen im Plenum

Nach der Podiumsdiskussion wurde die Debatte für das Plenum geöffnet. Auch hier wurde begrüßt, dass wieder mehr Geld im System sei, wobei kritisiert wurde, dass dies teilweise zu kurzfristig angelegt werde. So hätten beispielsweise qualifizierte Fachkräfte vielerorts lediglich befristete Verträge, die nach Ablauf oft nicht verlängert würden. Dadurch gehe viel erworbenes Fachwissen verloren und könne nicht langfristig genutzt werden. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass das Jugendhilfesystem bereits vor dem großen Zuwachs von geflüchteten Familien seit Jahren systemimmanente Probleme und Engpässe aufgewiesen hatte (Kitaplätze wurden nicht ausreichend ausgebaut, offene Kinder- und Jugendeinrichtungen wurden geschlossen etc.). Durch den Zuzug von geflüchteten Kindern und Jugendlichen seien diese Probleme jedoch sehr deutlich zu Tage getreten und erforderten an vielen Stellen ein Umdenken und Neustrukturieren.

## Workshops

Nach der Mittagspause reflektierten die Teilnehmenden in drei parallelen Workshops die eigenen Erfahrungen zum Thema „Junge Geflüchtete und ihre Familien in der Kinder- und Jugendhilfe".

Im ersten Workshop, moderiert von Dr. Jürgen Blumenberg (Verein zur Förderung von Beziehungskompetenz), wurden die Hilfen zur Erziehung für Unbegleitete Minderjährige erörtert. Nerea González Méndez de Vigo (Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge) berichtete in ihrem Input, dass sich, der Bundesregierung zufolge, Anfang 2017 bundesweit ca. 43.840 Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge und 18.214 geflüchtete junge Volljährige in der Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe befunden hätten, wobei die Zahlen insgesamt seit Mai 2016 rückläufig seien. Sie erläuterte die Versorgung von unbegleiteten Geflüchteten in den Hilfen

zur Erziehung, die sich immer individuell an den erzieherischen Bedarfen der jungen Menschen sowie Eignung und Erforderlichkeit der Hilfe orientiere. Sie beschrieb die verschiedenen Stationen und Maßnahmen der Hilfen (Clearingstelle, Hilfeplanverfahren, Beratungsanspruch etc.) und die damit häufig einhergehenden Probleme, wie fehlende personelle und fachliche Ressourcen, unklar geregelte und nicht aufeinander abgestimmte Verfahren und Unkenntnis der Familienverhältnisse auf Seiten der Länder und Kommunen. Dr. Silke Betscher (Kompetenz-Zentrum Pflegekinder) stellte in ihrem Beitrag dar, welche Bereicherungen sich für unbegleitete Jugendliche durch die Aufnahme in einer Gastfamilie bieten könnten (Spracherwerb, bestehendes Netzwerk, verlässliche Bezugspersonen über die Betreuungsdauer hinaus etc.). Sie berichtete aber auch von den potentiellen Herausforderungen und Problemen: Viele Jugendliche hätten Loyalitätskonflikte beim Einlassen auf die neue Familie und manche bevorzugten die Unterbringung mit Peer-Groups in der Wohngruppe. Auch könne es mancherorts zur Überforderung der Gastfamilien insbesondere bei offenkundig traumatisierten Jugendlichen kommen. Da sei es notwendig, die Gastfamilien gut und kompetent zu begleiten. Auch sei es wichtig zu bedenken, dass eine gelungene Flucht der Jugendlichen und die damit verbundenen Überlebensstrategien nicht gleichzusetzen seien mit einer Selbständigkeit der Jugendlichen in ihrem täglichen Leben.

Der zweite Workshop beschäftigte sich mit dem Thema „Frühe Hilfen und Kinderschutz bei geflüchteten Kindern" und wurde von Anna Traub (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge) moderiert. Melanie Mengel (Nationales Zentrum Frühe Hilfen) erläuterte in ihrer Präsentation, wie die Frühen Hilfen als Unterstützungssystem für (werdende) Eltern und ihre Kinder bis zum Alter von drei Jahren fungierten, insbesondere für Familien in besonderen Lebenslagen. Sie berichtete, dass eine Elternschaft unter erschwerten Bedingungen (z.B. sprachliche Barrieren, mögliche traumatische Erfahrungen) vermehrt auf Hilfe unter erschwerten Bedingungen (z.B. durch Beziehungs- und Hilfeabbrüche) treffe. Bezogen auf geflüchtete Familien würden dabei ähnliche Gelingensfaktoren wie bei nicht geflüchteten Familien Bestand haben: Es gelte Erfahrungen systematisch zu sammeln, zu dokumentieren und rückzukoppeln, Kooperationen zu bilden und die Stärken und Ressourcen der Familien wahrzunehmen und einzubeziehen. Dafür brauche es unter anderem sichere Rahmenbedingungen und Standards, die die Transparenz und Verlässlichkeit von Hilfen erhöhten, eine aktive interkulturelle Öffnung und Kompetenzen im Umgang mit Vielfalt. Dabei stelle sich die Ansprache der Jugendlichen und Familien als eine besondere Herausforderung dar. Diese sei in den Unterkünften noch gut zu organisieren, danach könnten interkulturelle Familienzentren als Knotenpunkte dienen. Sahar El-Qasem und Stefanie Fried (Save the Children Deutschland) präsen-

tierten spannende Ergebnisse aus ihrer Arbeit zum Kinderschutz von geflüchteten Kindern. Ihre Ausführungen basierten auf qualitativen Interviews in Einrichtungen. In der Diskussion wurde als positives Beispiel für die Ansprache von Geflüchteten das Projekt „Kinderstuben" in Dortmund genannt, in dem geflüchtete Mütter als Tagesmütter arbeiten. Weiterhin wurde betont, dass Familien als Ziel haben, ihre Kinder gut zu erziehen und ihnen dafür Räume und Möglichkeiten gegeben werden müssen. Zudem sei die Unterstützung von Fachkräften ein zentraler Ansatzpunkt, ihnen müsse Sicherheit und Wertschätzung in ihrer Arbeit gegeben werden. Dies gelte im Übrigen für die sozialen Berufe im Allgemeinen. Nur so sei dem konstatierten Fachkräftemangel zumindest langfristig beizukommen.

Der dritte Workshop, „Gelingende Zugänge der Familienbildung und Familienförderung zu Schutz suchenden Familien" wurde von Birgit Merkel (Zukunftsforum Familie) moderiert. Beate Helmke (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) stellte in ihrem Input Landesinitiativen zu diesem Themenschwerpunkt vor. In Niedersachsen werde seit 2007 die Weiterentwicklung von insgesamt rund 200 geschaffenen Familienbüros in den 55 Jugendamtsbezirken gefördert. Hier sei die ausdrückliche Förderung von Projekten zur Erprobung von neuen Wegen in der Familienbildung vorgesehen, z.B. für Familien mit Zuwanderungs- oder Fluchtbiografie. Dabei spiele auch die aufsuchende Elternarbeit eine große Rolle. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse einer Modellphase über gelingende Zugänge zu Familien mit Migrationshintergrund in den Bereichen Elternarbeit und Frühe Hilfen sei bereits 2015 ein Projekt für die Zielgruppe der Schutz suchenden Familien auf den Weg gebracht worden, das auf die erste Phase des Ankommens in Niedersachsen ausgerichtet sei. Es würden Projekte initiiert, die auf Familien, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, zugeschnitten seien. Die Projektträger würden mit einem Wissenstransfer und Orten der Vernetzung durch eine Praxisbegleitung des Instituts für Sozialpädagogische Forschung (ism gGmbH) unterstützt. Heinz Müller (Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz) berichtete in seiner Präsentation vom Projekt „Gut ankommen in Niedersachsen", welches von seinem Institut seit 2015 wissenschaftlich begleitet werde. Ein zentraler Faktor für das Gelingen des Projektes sei unter anderem die Schaffung von „Ankerpunkten" an vertrauten Orten wie Kitas, Schulen etc. Auch die direkte Ansprache durch Vertrauenspersonen, niedrigschwellige und wohnortnahe Angebote sowie parallele Angebote für Eltern und Kinder (z.B. Sprachkurse mit Kinderbetreuung) seien wichtige Faktoren. Dazu bräuchte es bei geflüchteten Familien insbesondere eine Anbindung an regionale Strukturen, eine gute Wissensvermittlung sowohl an die Aufnahmegesellschaft als auch an neuzugewanderte Familien sowie vielfältige Begegnungsorte zwischen Einheimischen und Neuzugewanderten. Dabei müssten insbesondere die Zugänge zu den Angeboten im ländlichen Raum geschaffen bzw. erweitert werden.

Im Anschluss an die Workshops kamen die Teilnehmenden noch einmal in einer anregenden Fishbowl-Diskussion zusammen. Dabei resümierten mehrere Teilnehmende, dass der Zuwachs von geflüchteten Familien als eine Bereicherung für die Kinder- und Jugendhilfe anzusehen sei. Es gebe viele positive Effekte bei Projekten, die geflüchtete und nicht geflüchtete Jugendliche zusammenbringen würden.

# Zentrale Erkenntnisse des Fachforums „Junge Geflüchtete und Ihre Familien in der Kinder- und Jugendhilfe“

## Vorbemerkung

Die Kinder- und Jugendhilfe ist eine grundlegende Unterstützung für alle jungen Menschen und ihre Familien in Deutschland. Dementsprechend gilt es, die vielfältigen Zugänge zu Leistungen und Angeboten zu sichern und weitere zu schaffen. Die Kompetenz der Eltern sollte durch die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe grundsätzlich gefördert werden, also auch in der Arbeit mit Geflüchteten, stets anerkannt, wertgeschätzt, mit einbezogen und unterstützt werden. Denn grundsätzlich wollen Eltern ihre Kinder gut erziehen – die Jugendhilfe sollte ihnen hierfür Räume und Möglichkeiten geben. Politische Bestrebungen, unbegleitete minderjährige Geflüchtete teilweise aus dem Jugendhilfesystem auszuschließen und somit eine „Zwei-Klassen-Jugendhilfe“ zu schaffen, sind höchst kritisch zu sehen.

## Generelle Anmerkungen zum System der Kinder- und Jugendhilfe

Grundsätzlich hat das System der Kinder- und Jugendhilfe sehr gut auf den erhöhten Zuzug von geflüchteten Kindern und Jugendlichen nach Deutschland reagieren können und zum ganz überwiegenden Teil hervorragende Arbeit geleistet. Dies ist nicht zuletzt auch dem persönlichen Engagement und der Kreativität vieler Fachkräfte wie auch Ehrenamtlicher zu verdanken.

Dennoch gab und gibt es an vielen Stellen der Jugendhilfe bereits seit Jahren grundsätzliche systemimmanente Probleme und Engpässe. Diese Probleme und Engpässe wurden durch die neuen Herausforderungen, die sich durch den Zuzug der geflüchteten Kinder und Jugendlichen ergeben haben, weder verursacht noch ausgelöst, sondern treten nun lediglich deutlicher zu Tage. Die Herausforderung, recht kurzfristig eine deutlich erhöhte Anzahl von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in teilweise qualitativ anderen Lebenslagen, unterstützen zu müssen, hat daher trotz der unmittelbaren Problemlagen, durchaus auch positive systemimmanente Folgen: Das System wurde in Bewegung gebracht und verkrustete Strukturen konnten an vielen Stellen aufgebrochen werden. So wurden z.B. vielerorts neue Netzwerke und Handlungsansätze geschaffen. Diese positiven Synergien gilt es nun zu erhalten, zu nutzen und auszubauen.

## Schnittstellen als wichtige Baustelle

Eine der wichtigsten Herausforderungen, um eine erfolgreiche Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen sicherzustellen, ist der Umgang mit Schnittstellen und Übergängen

- Zivilgesellschaftliche Initiativen und Einrichtungen können ganz informelle und praktische Zugänge zu geflüchteten Familien aufnehmen; daran kann und soll die professionelle Jugendhilfe ansetzen, um im Bedarfsfall weitergehende Hilfen zu leisten.
- Innerhalb der Jugendhilfe müssen die verschiedenen Leistungsbereiche besser miteinander vernetzt werden.
- Die Jugendhilfe als Ganzes sollte mit anderen Lebensbereichen junger Menschen (z.B. Bildung, Gesundheit, Quartier etc.) besser verzahnt sein.
- Zudem müssen auch die Übergänge zwischen Alters- bzw. Lebensphasen von Kindern und Jugendlichen erleichtert werden. Bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten beispielsweise bildet der 18. Geburtstag oft einen erheblichen und dramatischen Einschnitt im Hinblick auf Unterstützungsmöglichkeiten und Zugang zur Kinder- und Jugendhilfe sowie auch die Bleibeperspektive.

## Fachkräfte: Die Basis der Kinder- und Jugendhilfe

Der erhebliche Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit generell und insbesondere in der Jugendhilfe ist ebenfalls nicht auf den Zuzug von Geflüchteten in den letzten Jahren zurückzuführen. Er wird durch ihn jedoch besonders auffällig und seine Folgen umso größer. Ein Grund dafür ist die hohe Fluktuation von Fachkräften. Besonders stark macht er sich zudem bei Fachkräften mit Qualifikationen und Kompetenzen im Bereich Migration und Flucht bemerkbar. Der Fachkräftemangel stellt zurzeit das größte Hindernis für eine gelingende Jugendhilfe in Deutschland dar. Insofern ist seine Überwindung auch die wichtigste Stellschraube für die Jugendhilfe in den kommenden Jahren: Die besten Gesetze, Strukturen, Finanzierungen und Bestrebungen erreichen ihre Ziele nicht, wenn es keine oder zu wenige Fachkräfte gibt, die die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe bereitstellen können. Zentrale Anknüpfungspunkte sind dafür:

- Das Hinwirken auf eine gesteigerte Anerkennung und Wertschätzung der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe. Ihnen muss die nötige Sicherheit und inhaltlicher Rückhalt für ihr Wirken gegeben werden,
- eine Verbesserung der Entlohnung von Fachkräften der Sozialen Arbeit,
- Ausbau und Vereinfachung des Zugangs zu Qualifikationen und Begleitung (Fortbildungen und Supervision),
- eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, z.B. durch Aufstocken des Personals, kürzere Schichten, entfristete Verträge.

## Ehrenamt und semi-professionelle Kräfte: Eine wertvolle Ergänzung, kein Ersatz

Ehrenamtliche Unterstützer_innen können und sollen nicht professionelle Fachkräfte ersetzen, aber sie können wichtige Ergänzungen in der Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien leisten, da ihre Unterstützung eine ganz andere Qualität als die der Fachkräfte haben kann und sie ganz neue Erfahrungsräume eröffnen können. Das hat sich besonders deutlich gezeigt bei der Unterstützung der Willkommenskultur auf dem Höhepunkt der Einreise von geflüchteten Familien. Gleichzeitig muss das Ehrenamt in diesem Bereich auch intensiv unterstützt werden, z.B. durch Koordinierung, Beratung und Begleitung. Auch semi-professionelle Kräfte (z.B. Elternbegleiter_innen, Stadtteilmütter, Rucksackmütter, Mütterzentren) leisten sehr wichtige Arbeit und müssen beraten und begleitet werden. Diese semi-professionellen Kräfte sollten so gefördert werden, dass eine Weiterbildung zur Fachkraft, möglichst mit Anerkennung der erworbenen Kompetenzen, ermöglicht wird.

## Finanzielle Ressourcen

Investitionen in der Kinder- und Jugendhilfe sind wichtige Zukunftsinvestitionen. Dies gilt nicht nur, aber natürlich auch für die Arbeit mit jungen Geflüchteten und ihren Familien. Angesichts des erhöhten Zuzugs von Geflüchteten wurden in den letzten Jahren zusätzliche Mittel in das Jugendhilfesystem investiert. In den Jahren zuvor waren jedoch die zur Verfügung stehenden Mittel zurückgegangen, sodass insgesamt ein Ausgleich zum Status quo ante hergestellt wurde. Insofern muss nun dafür Sorge getragen werden, dass zumindest der jetzige Stand gehalten wird, um weiterhin die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland sichern zu können. Dies gilt auch dann, wenn die unmittelbare Aktualität des Themas Flucht zurückgeht.

Problem Projektförderung: die projekthafte Förderung kann für Innovationen in der Sozialen Arbeit wichtig sein. Jedoch sind Projekte keine dauerhaften Lösungen. Hier gilt es, langfristige Übergänge zur Verstetigung von Maßnahmen zu schaffen. Die starke Zunahme von projektbasierter Finanzierung in der Kinder- und Jugendhilfe führt zu großen Unsicherheiten bei Beschäftigten und Jugendlichen, bindet ohnehin knappe Ressourcen der Fachkräfte in der Projektorganisation und lässt kaum solide Evaluationen zu, da potentielle projektbasierte Folgefinanzierungen wiederum von positiven Evaluationen abhängen. Die Vielfalt der Gesellschaft erfordert auch die Bereitstellung von Mitteln für fachspezifische und kultursensible Sprachmittler_innen/ Dolmetscher_innen, auch für Leichte Sprache und Gebärdensprache.

Teilnehmende an der Ad-Hoc-Arbeitsgruppe:

- Dr. Jürgen Blumenberg (Verein zur Förderung von Beziehungskompetenz)
- Franziska Gehrke (Bündnis 90/DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion)
- Beate Helmke (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung)
- Ulrich Hoffmann (Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung)
- Birgit Merkel (Zukunftsforum Familie)
- Diana Richter (Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter | Landesjugendamt Sachsen-Anhalt)
- Anna Traub (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge)

## Folgende Mitgliedsorganisationen haben sich im Fachforum eingebracht:

Aktion Mensch; Arbeiterwohlfahrt Bundesverband; Arbeitskreis Neue Erziehung; Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter; Bundeselternrat; Bundeskonferenz für Erziehungsberatung; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundesverband der Mütterzentren; Bundesverband für Kindertagespflege; Bundesverband russischsprachiger Eltern; Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder; Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften; Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie; Deutscher Bundesjugendring; Deutscher Caritasverband; Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband; Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat; Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband; Die Linke Bundestagsfraktion; evangelische arbeitsgemeinschaft familie; Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie; Internationaler Sozialdienst (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge); Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie; Katholische Elternschaft Deutschlands; Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung; Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband; Pestalozzi-Fröbel-Verband; Prager-Eltern-Kind-Programm; Sichtwechsel für gewaltfreie Medien; Verband binationaler Familien und Partnerschaften; Verein zur Förderung von Beziehungskompetenz; Zukunftsforum Familie

# Kapitel 4

## Familienzusammenführung von Geflüchteten

### Aus der Veranstaltung

Was bedeutet es konkret für eine Familie, wenn sie den Prozess der Familienzusammenführung durchläuft? Wo liegen bei der Familienzusammenführung von Geflüchteten in der Praxis die Spannungsfelder und Herausforderungen? Was müsste in der Handhabung der Familienzusammenführung verändert werden? Über diese und weitere Fragen diskutierten die rund 40 Teilnehmer_innen beim Fachforum „Familienzusammenführung von Geflüchteten" des Bundesforums Familie am 03. Mai 2017.

Die Veranstaltung wurde eingeleitet von einer thematischen Hinführung „Familienzusammenführung als familienpolitisches Thema?" von Hiltrud Stöcker-Zafari (Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.). Darin erläuterte sie das Spannungsverhältnis der Zuständigkeiten beim Thema Familienzusammenführung zwischen Familienpolitik und Innenpolitik und gab einen kurzen historischen Einblick in Familienzusammenführungsprozesse der letzten 40 Jahre in Deutschland. Abschließend ging sie auf die besondere Bedeutung ein, die der Familiennachzug bei Geflüchteten für das Ankommen in einer Gesellschaft hat.

Es folgte ein Impulsreferat von Rebecca Einhoff (UNHCR) zum Thema „Familienzusammenführung von Flüchtlingen: Rechtliche Rahmenbedingungen und praktische Hindernisse" (PDF). Dabei gab Rebecca Einhoff einen Überblick über die völkerrechtlichen Grundsätze zur Familienzusammenführung und erläuterte die unterschiedlichen Definitionen des Familienbegriffs der verschiedenen internationalen Konventionen, Institutionen und Organe. Einhoff berichtete, dass die Einheit der Familie in völkerrechtlichen Dokumenten zwar geschützt werde, „Familienzusammenführung" jedoch in nur wenigen Dokumenten ausdrücklich Erwähnung finde. Sie stellte ausführlich die völkerrechtlichen, europäischen und nationalen Grundsätze zur Familienzusammenführung dar und verdeutlichte, unter welchen Voraussetzungen

sie möglich sei und welche Bestimmungen dabei gelten. Dabei wies sie darauf hin, dass es in der Praxis der Familienzusammenführung große Probleme vor allem mit den unterschiedlichen Terminvergabesystemen und den langen Wartezeiten auf Termine und Verfahren gebe. Auch die praktische Erreichbarkeit der deutschen Auslandsvertretungen (insbesondere im Libanon und der Türkei) stelle oftmals ein großes Hindernis für eine rasche Familienzusammenführung dar.

Anschließend ging Einhoff näher auf aktuelle rechtliche Probleme in Deutschland aus Sicht von UNHCR ein, die vor allem mit der engen Definition des Familienbegriffs (z.B. der Schwierigkeit, Geschwisterkinder von Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen (UMF) gemeinsam mit den Eltern nachziehen zu lassen) sowie auch mit der aktuellen Aussetzung der Familienzusammenführung von Personen mit subsidiärem Schutz zusammenhängen. Auch die Zumutbarkeit der Pass- und Dokumentenbeschaffung (Identitätsnachweis, Nachweis der familiären Verbindungen) und alternative Formen der Glaubhaftmachung seien problematisch. Zum Abschluss gab Einhoff einen kurzen Exkurs zu den Grundsätzen der Familienzusammenführung im Rahmen der Dublin-III-Verordnung und zu anderen Aufnahme- bzw. Einreisemöglichkeiten für Familienangehörige (Resettlement, Humanitäre Aufnahmeprogramme, Aufnahmeprogramme der Bundesländer etc.).

In Anschluss fand die anregende Podiumsdiskussion „Familienzusammenführung von Geflüchteten: Chancen und Herausforderungen" mit Karim Al Wasiti (Flüchtlingsrat Niedersachsen), Mohammed Jouni (Jugendliche Ohne Grenzen), Sebastian Muy (BBZ – Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant_innen), Gerhard Scholz (Ausländerbehörde München) und Ulrike Wolz (Landesjugendamt Berlin) statt.

Gerhard Scholz, der seit 1992 in der Ausländerbehörde München arbeitet, beschrieb die enorme Erhöhung des Arbeitsumfangs und die damit einhergehenden großen personellen Herausforderungen, die mit dem aktuellen Anstieg der Anzahl Geflüchteter aus Syrien einhergingen. Er berichtete von teilweise sehr langen Wartezeiten für die Familienangehörigen bei den Auslandsvertretungen, denen dann wiederum lange Bearbeitungszeiten bei den Ausländerbehörden folgen würden, sodass der Prozess des Familiennachzugs insgesamt zu lange dauere.

Dabei sei das grundsätzliche Problem des Zuzugs nicht neu. So sei es gleich zu Beginn seiner Arbeit bei der Ausländerbehörde im Zuge der Balkankrise zu einer großen Zuwanderung von geflüchteten Familien gekommen. Einige Aspekte hätten sich jedoch seit der damaligen Zeit verbessert, beispielsweise sei das Thema Beschäftigung von Geflüchteten viel besser aufgegriffen worden. Auch die Einsicht, dass Deutschland Zuwanderer_innen brauche, habe sich deutlich zum Positiven gewandelt. Vieles sei jedoch nach wie vor verbesserungsfähig: Wünschenswert wären z. B. Verwaltungsanweisungen oder eine entsprechende Gesetzgebung, die mehr Klarheit in die Familienzusammenführung bringen würde, vor allem beim Thema Nachzug von Geschwisterkindern.

Sebastian Muy stellte seine Arbeit beim Beratungszentrum BBZ vor, in dem er seit Oktober 2014 tätig ist. Die größte Gruppe, die er dort berate, seien syrische Geflüchtete. Er habe im Prozess der Familienzusammenführung Wartezeiten von 15 Monaten bis zu zwei Jahren miterlebt. Daneben stelle die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten eines der größten Probleme dar. Dies sei vor allem für unbegleitete Jugendliche und deren Familien hoch problematisch, da diese nach Vollendung des 18. Lebensjahres den Anspruch auf Nachzug der Eltern verlören. Er betonte, dass Familiennachzug oftmals auch außerhalb der Kernfamilie von den Geflüchteten erwünscht sei. Dass dem nicht stattgegeben wird, liege am engen Familienbegriff des Aufenthaltsgesetzes und der restriktiven Auslegung der bestehenden Härtefallregelungen. In jüngster Zeit würden die Behörden zunehmend die Visaanträge von Geschwistern von UMF ablehnen und damit selbst Kernfamilien auseinanderreißen.

Muy wünschte sich, dass Gesetze, Behörden und Gerichte den Familien jenen Wert beimessen, den sie – unter anderem nach der UN-Kinderrechtskonvention –

Welche Bedarfe haben junge Geflüchtete? Wie hat sich die Jugendhilfe angesichts des Zuzugs von jungen Geflüchteten und ihren Familien verändert? Diese und weitere Fragen wurden im dritten Fachforum thematisiert.

tatsächlich haben, anstatt Familien auseinander zu reißen. Dabei müsse die Situation der Familienangehörigen im Ausland ebenso berücksichtigt werden wie die emotionale Belastung und der Druck, dem sich insbesondere unbegleitete Minderjährige in Deutschland ausgesetzt fühlten. Viele wagten es daher nicht, ihren Eltern das Ausmaß der Hürden und Schwierigkeiten zu berichten. Dies stelle oftmals eine Zerreißprobe für die gesamte Familie dar.

Karim Al Wasiti berichtete, dass die Familienzusammenführung ein wichtiges Arbeitsfeld des Flüchtlingsrats Niedersachsen sei und er das Thema seit Anfang der Krise in Syrien intensiv begleite. Seit Anfang 2016 arbeite er sogar hauptsächlich im Thema Familienzusammenführung anerkannter Flüchtlinge in den Feldern Beratung, Begleitung und Öffentlichkeitsarbeit. Der Flüchtlingsrat formuliere durch enge Begleitung dieses Prozesses politische Forderungen, damit das Recht auf Familienzusammenführung für anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Geschützte nicht durch jahrelange Wartezeiten, bürokratische Hürden und gesetzliche Verschärfungen auf die lange Bank geschoben werde. Zusammen mit anderen Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen habe der Flüchtlingsrat daran gearbeitet, dass Angehörige von syrischen Geflüchteten in Deutschland durch Aufnahmeprogramme einreisen könnten.

Al Wasiti kritisierte, dass viele Menschen, die eigentlich einen Anspruch auf Familiennachzug nach Deutschland hätten, diesen aufgrund immenser bürokratischer Hürden nicht einlösen könnten. So seien 200.000 Menschen aus Syrien und dem Irak nach Genfer Flüchtlingskonvention im Jahr 2016 in Deutschland anerkannt worden, während im selben Zeitraum nur 48.000 Visa an die anspruchsberechtigten Angehörigen erteilt worden seien. Er bemängelte ebenfalls, dass seit Sommer 2016 neue Dimensionen der Verhinderung des Familiennachzugs zu UMF durch Ausnutzung von Gesetzeslücken durch das Verwaltungshandeln zu beobachten seien. Dabei würden den Eltern dieser UMF Visa erteilt, den minderjährigen Geschwistern aber nicht. Deshalb stünden diese Eltern oftmals vor einer schwierigen Entscheidung: Sie müssten sich zwischen dem Zusammenleben mit einem Teil ihrer Kinder und dem Zusammenleben als Ehepaar entscheiden. Er appellierte dementsprechend deutlich an die Familienverbände, sie sollten verstärkt zusammenarbeiten und ihre Forderungen deutlich lauter werden lassen.

Ulrike Wolz stellte dar, dass in ihrer Arbeit beim Landesjugendamt Berlin die hochgradig schutzbedürftigen Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge von besonderer Relevanz seien. Das Landesjugendamt sei zunächst für sie zuständig und übernehme dann die Verteilung auf die Bezirke. Auch in ihrer Arbeit sei Familienzusammenführung bislang kein großes Thema gewesen. Nun schlage es immer mehr auf, denn die meisten UMF äußerten sehr rasch den Wunsch nach Familiennachzug. Problematisch sei aber auch die innerdeutsche Familienzusammenführung, da im Gesetz nicht näher definiert sei, wer genau als Verwandte_r gelte und wer nicht.

Eine Zusammenführung sei dadurch in manchen Fällen ausgeschlossen gewesen, auch wenn es tatsächlich Verwandte in anderen deutschen Städten gab und alle Beteiligten eine Zusammenführung wünschten. Besonders problematisch sei es, wenn sich innerhalb des Prozesses der Familienzusammenführung die Zuständigkeiten der Behörden ändere. Auch gebe es in allen Bundesländern unterschiedliche Regelungen, die wiederum einer starken Fluktuation unterlägen, beispielsweise habe sich die Anerkennung des afghanischen Identitätsdokuments Tazkira in Berlin zweimal kurzfristig geändert. Wolz äußerte den Wunsch, die innerdeutsche Familienzusammenführung leichter zu ermöglichen. Auch müssten die Ausländerbehörden und die Jugendämter besser zusammenarbeiten und die Prozesse der Familienzusammenführung insgesamt besser begleitet werden.

Mohammed Jouni stellte die von ihm mit gegründete Organisation Jugendliche ohne Grenzen vor. Seit 2004 betreibe die Organisation Lobbyarbeit zu den Themen Bildung und Ausbildung, Duldung und Bleiberecht. Bis 2014 sei der Begriff der Duldung weitestgehend unbekannt gewesen. Das habe sich mittlerweile geändert und die Öffentlichkeit sei inzwischen viel besser informiert.

Aus der Praxis schilderte er eine große Intransparenz bei der Terminvergabe und von Agenturen, die sich durch Familienzusammenführungsprozesse bereichern wollten. Die Situation von UMF, die einen Nachzug ihrer Familie begehrten, sei besonders problematisch: Es sei nahezu unmöglich, mit 17,5 Jahren noch einen Aufenthaltstitel zu bekommen. Es gebe auch Probleme bei der Alterseinschätzung, teilweise dauere der Prozess zwei Jahre. Dann seien die Betroffenen bereits volljährig womit ihre letzte Chance auf einen Aufenthaltstitel entfallen würde. Jouni berichtete auch von der hohen Erwartungshaltung der Eltern an die Jugendlichen, sie schnellstmöglich nachzuholen und von dem enormen Druck, der dadurch auf den Jugendlichen laste. Innerhalb kürzester Zeit müssten sie die deutsche Sprache erlernen, ins Schul- oder Ausbildungssystem finden und sich mit den bürokratischen Hürden des Familiennachzugs auseinandersetzen. Diese hohen Anforderungen führten teils zu Depressionen und Belastungsstörungen. Von den Beratungsorganisationen erfordere dies in der Beratung oft sehr spezielle Qualifikationen in einzelnen Fragen. Gleichzeitig müsse man jedoch auch bedenken, was konkret mit den jungen Menschen passiert, wenn tatsächlich die ganze Familie nachkäme und sie dann die gesamte Verantwortung für die Familie trügen. Jouni wünschte sich eine schnelle Überarbeitung der momentan unzureichenden Gesetzeslage und einen sofortigen Stopp der Aussetzung des Familiennachzugs bei subsidiärem Schutz: Familienzusammenführung sei ein Grundrecht und ein Menschenrecht.

### Anmerkungen aus dem Plenum

Im Plenum wurde betont, dass der Fokus bei der Diskussion zum Thema Familienzusammenführung nicht allein auf Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge gesetzt werden sollte. Es gebe auch viele begleitete minderjährige Geflüchtete, die ebenfalls wichtige Bedarfe hätten. Dennoch schätzten die Teilnehmer_innen die langen Wartezeiten und die hohen bürokratischen Hürden im Familienzusammenführungsprozess als dramatisch und dringend reformbedürftig ein. Es sei zudem wichtig, sich die Geflüchteten und ihre Familien genau anzuschauen, denn entgegen der oftmals vorherrschenden öffentlichen Meinung würden nicht alle Transferleistungen beziehen und seien „bildungsfern". Sprachprobleme würden häufig mit „Bildungsferne" gleichgesetzt, dies sei problematisch.

Insgesamt wurde resümiert, dass es sich beim Familiennachzug um ein altbekanntes und aus familienpolitischer Sicht hochgradig wichtiges Thema handele, dass jedoch bislang nicht genügend im Fokus stehe. Bedauerlicherweise finde eine Bündelung der Zuständigkeiten nicht statt und die Stimme der Familienpolitik sei dabei insgesamt deutlich zu leise. Die Verantwortung könne jedoch auch nicht allein beim Gesetzgeber gesucht werden. „Was können die Organisationen des Bundesforums Familie ganz konkret dafür tun, damit Familienzusammenführung besser gelingen kann?"

In ihrem Abschlusskommentar nahm Dr. Karin Jurczyk (Deutsches Jugendinstitut), die Themen Sicherheit, Angst und Sorge um die Angehörigen in den Fokus. Ein wichtiger Aspekt dabei müsse es sein, dass Familienpolitik, Asylpolitik und Integrationspolitik mehr und effektiver zusammenarbeiten und die Familienpolitik als „weiches" Politikfeld sich dabei offensiver und selbstbewusster behaupte. Sie ging auch auf die Frage ein, was konkret mit geflüchteten Familien passiere, wenn sie nach Deutschland gekommen sind. „Wie kann dann die ganze Familie gestützt werden?" Bei diesen Fragen müsse auch die sozio-ökonomische und kulturelle Vielfalt von Familien und die Vielfalt der Familienformen (z.B. Alleinerziehende) hinsichtlich ihrer Bedarfe, aber auch ihrer Ressourcen – auch und gerade beim Thema Bildung – deutlicher berücksichtigt werden.

## Zentrale Erkenntnisse des Fachforums „Familienzusammenführung von Geflüchteten"

### Familiennachzug ermoglichen

Familiennachzug zu ermöglichen, ist zu allererst ein menschen- und verfassungsrechtliches Gebot. Internationale Menschenrechtsabkommen wie auch Artikel 6 GG stellen Ehe und Familie unter besonderen Schutz – dies gilt natürlich auch für Geflüchtete, die sich in Deutschland aufhalten. Der Wert der Familieneinheit soll aktiv gelebt werden und muss für alle gelten.

### Ganzheitlichen Blick auf Familie schärfen

Individuelle Geflüchtete müssen als Teil eines Familiensystems wahrgenommen werden, auch wenn die Familie evtl. zeitweise nicht an einem Ort ist – dies gilt auch für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF). Gleichzeitig spielt das Wohlergehen der Familie für die Inklusion und Teilhabe all ihrer Mitglieder eine wichtige Rolle (s. 6. Familienbericht) und die Familienzusammenführung ist somit ein Querschnittsthema. Die eigene Familie in Sicherheit und bei sich zu haben, ist eine essenzielle Voraussetzung für ein Ankommen in Deutschland und die gesellschaftliche Teilhabe.

## Ausweitung des Familienbegriffs

Grundsätzlich hat nur die sogenannte „Kernfamilie" von anerkannten Geflüchteten (d.h. Ehegatten / eingetragene Lebenspartner_innen und minderjährige Kinder sowie Eltern von Minderjährigen) ein Recht, via Familiennachzug nach Deutschland zu kommen. Andere Familienmitglieder (z.B. minderjährige Geschwister von UMF) können nur in absoluten Härtefällen nachziehen und aus der Praxis ist bekannt, dass dies von den Behörden recht restriktiv gehandhabt wird. Dieser enge Familienbegriff entspricht meist nicht den familiären Verpflichtungen und Realitäten von Geflüchteten in der Praxis („De-Facto-Familie") – und auch nicht der mittlerweile in Deutschland gelebten und gewünschten Vielfalt von familiären Lebensformen. Insofern steht der flexible und erweiterte Familienbegriff, der in Deutschland in der Familienpolitik dominiert, in starkem Kontrast zum starren und engen Familienbegriff der „Kernfamilie", der im Aufenthaltsrecht gilt. Gerade im Kontext von Krieg, Flucht und Vertreibung kann diese Regelung Familien vor unüberbrückbare Schwierigkeiten stellen, wenn bspw. jungen volljährigen Kindern oder pflegebedürftigen Eltern der Nachzug kategorisch verweigert wird.

## Familienzusammenführung auch zu subsidiär Schutzberechtigten wieder ermöglichen

Höchst problematisch ist die komplette Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten für (zunächst) zwei Jahre, die im März 2016 mit dem sogenannten Asylpaket II eingeführt wurde. Dies wird dadurch verschärft, dass im gleichen Zuge die Vergabe des Status „Subsidiärer Schutz" in Fällen enorm angestiegen ist, in denen bis dahin ein höherer Schutz gewährt worden war. Während Anfang 2016 unter 1 % der syrischen Asylsuchenden als subsidiär schutzberechtigt eingestuft wurde, stieg der Anteil nach Inkrafttreten des Asylpakets II in kürzester Zeit auf 70 % im August 2016 an (Jahresgesamtdurchschnitt 2016: knapp 65 %). Diese Politik schickt falsche Signale an die verbliebenen Familienmitglieder in Krisenregionen, sich selber auf den gefährlichen Weg zu machen – was für diese im schlimmsten Fall im Tod enden kann. Die Tatsache, dass in der politischen Debatte um die Aussetzung des Familiennachzugs im Asylpaket II §22 AufenthG als mögliche Alternative für nachziehende Familienmitglieder in Härtefällen angeführt wurde, ist ebenfalls sehr problematisch – die Praxis hat gezeigt, dass §22 kaum Anwendung findet für Familienmitglieder, die von der Aussetzung betroffen sind. Somit fehlt eine adäquate Regelung für Härtefälle völlig.

## Praktische Hürden beseitigen

Selbst diejenigen Geflüchteten, die ein Recht auf Familienzusammenführung haben, da sie anerkannt sind und eine Asylberechtigung erhalten haben, stehen oft vor enormen praktischen Hürden, die die Einreise ihrer Familienmitglieder erheblich verzögern oder schlimmstenfalls komplett verhindern können. Diese Hürden im Verfahren des Familiennachzugs müssen dringend abgebaut werden. Sowohl in Deutschland als auch vor allem in den deutschen Auslandsvertretungen herrscht ein regelrechter Behördenstau. Alle Familienmitglieder, auch Kinder, müssen für Familiennachzugsvisa persönlich vorsprechen, was vor allem in Krisengebieten oft mit gefährlichen und beschwerlichen Reisen für die Antragstellenden verbunden ist. Vielerorts kommt es zu extrem langen Wartezeiten für Termine (teilweise bis zu 14 Monaten, vor allem in den Vertretungen im Libanon, in Jordanien und der Türkei), zudem herrschen teils intransparente Terminvergabesysteme vor. Eine weitere Hürde stellt in vielen Fällen die strikte Handhabung von beizubringenden Dokumenten dar, die vor allem im Kontext von Flucht und Verfolgung oft nicht vorliegen oder schwierig zu beschaffen sind. Selbst wenn alle Dokumente vorliegen, kann zudem ihre Authentizität seitens der deutschen Behörden in Zweifel gestellt werden, was oft langwierige und kostspielige „Legalisierungen" nach sich zieht. All dies geht zu Lasten der Familien, die

sich deswegen teilweise jahrelang gar nicht sehen. Auch die innerdeutsche Familienzusammenführung scheitert oft an bürokratischen Auflagen. Bei unbegleiteten Minderjährigen stellt der langwierige Prozess ein verschärftes Problem dar, da sie nicht selten im Laufe der Prozesse volljährig werden und somit ihren Anspruch auf Elternnachzug komplett verlieren. Die ungenügende Kooperation der verschiedenen zuständigen Behörden und Akteure im In- und Ausland ist ein weiteres Problem. Eine sofortige Vereinfachung und Verbesserung der bürokratischen Abläufe, z.B. durch die Ermöglichung einer Antragstellung ohne persönliche Vorsprache, zugunsten einer schnellen Familienzusammenführung ist unbedingt anzustreben. Auch besteht nur innerhalb einer Dreimonatsfrist nach Anerkennung des Asyl- oder Flüchtlingsstatus ein Anspruch darauf, Familienangehörige ohne einen Nachweis einer Lebensunterhaltssicherung oder einer Wohnraumerfordernis nachzuholen. Nach Verstreichen dieser Frist liegt es im Ermessen der Behörde beides einzufordern. Dies macht in vielen Fällen den Familiennachzug unmöglich. Die Abschaffung dieser Frist wäre im Sinne von Geflüchteten und ihrer Familienmitglieder zu begrüßen.

## Ressortübergreifend denken und familienpolitische Sichtweise stark machen

Zwischen (restriktiver) Asylpolitik und (unterstützender) Familienpolitik herrscht ein starkes Spannungsfeld. Die familienpolitischen Akteure (Regierung, Verwaltung und Zivilgesellschaft) sind im aktuellen Kontext der Restriktion von Familienzusammenführung gefragt: Ein selbstbewussteres Eintreten für Familien gegenüber den Vertreter_innen von Innen-/Sicherheitspolitik ist dringend notwendig. Insgesamt sollten mehr Räume für ressortübergreifende Kommunikation und Kooperation der verschiedenen Akteure im Bereich Familienzusammenführung von Geflüchteten geschaffen werden – als gutes Vorbild kann beispielsweise die entsprechende Arbeitsgruppe des Deutschen Vereins genannt werden, aus deren Arbeit nun eine Handreichung[1] hervorgegangen ist. Ebenso wünschenswert sind Fort- und Weiterbildungen zum Thema Familienzusammenführung für alle Fachkräfte, die in Behörden, Beratungsstellen oder Unterstützungssystemen der Jugendhilfe mit Geflüchteten arbeiten, damit ein höherer Grad von Expertise geschaffen wird und Familien nicht durch Unwissen oder falsche Informationen länger als nötig voneinander getrennt sind.

[1] Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2017). Handreichung des Deutschen Vereins für die Zusammenarbeit der Akteure im Bereich der Familienzusammenführung. Online verfügbar: https://www.deutscher-verein.de/de/download.php?file=uploads/empfehlungen-stellungnahmen/2017/handreichung_familienzusammenfuehrung.pdf

Gleichzeitig ist deutlich mehr Forschung nötig, zu Quantität, Qualität sowie Prozessen von Familienzusammenführung und Familie und Flucht generell – die Forschung zum 6. Familienbericht, der Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland thematisierte, liegt mittlerweile fast 20 Jahre zurück und müsste inhaltlich fortgeführt werden.

## Unterstützung aller Familienmitglieder gewährleisten

Es ist wichtig, Familienzusammenführung als Prozess zu verstehen, der in den jeweiligen Phasen des Prozesses verschiedene Unterstützungsbedarfe generiert – die sich auch durchaus innerhalb der Familie unterscheiden können. Dementsprechend sollten breite Zugänge zu vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsangeboten für die verschiedenen Mitglieder der Familie bereitgestellt werden. Auch sollten der Erfolgsdruck und die Belastung mitgedacht werden, die auf dem zuerst eingereisten Familienmitglied lasten, welches oftmals die Hauptverantwortung für die Familienzusammenführung trägt – vor allem wenn dies ein minderjähriges Kind ist. Gleichzeitig sollten auch die potenziellen „Schattenseiten" von Familie im Kontext von Familienzusammenführung von Geflüchteten nicht aus den Augen verloren werden. Die individuellen Rechte aller einzelnen Familienmitglieder müssen immer gewahrt werden und auch aktiv durch Schutzräume und Beratungsangebote gelebt werden können. Beispielsweise sollten alle Familienmitglieder möglichst rasch einen eigenständigen Aufenthaltstitel (unabhängig von der Referenzperson in Deutschland) erwerben können, um Abhängigkeiten innerhalb der Familie vorzubeugen.

Teilnehmende an der Ad-Hoc-Arbeitsgruppe:

- Ulrike Gebelein (Diakonie Deutschland)
- Dr. Karin Jurczyk (Deutsches Jugendinstitut)
- Dr. Steffen Kleint (Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung)
- Melanie Kößler (Internationaler Sozialdienst | Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge)
- Lisa Sommer (Zukunftsforum Familie)
- Hiltrud Stöcker-Zafari (Verband binationaler Familien und Partnerschaften | iaf)

## Folgende Mitgliedsorganisationen haben sich im Fachforum eingebracht:

Arbeiter-Samariter-Bund; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien; Bundesverband für Kindertagespflege; Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften; Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung; Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft; Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand; Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband; Deutsches Jugendinstitut; Deutsches Kinderhilfswerk; Diakonie Deutschland; evangelische arbeitsgemeinschaft familie; Evangelische Hochschule Berlin; Familienbund der Katholiken – Bundesverband; Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland; Internationaler Sozialdienst (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge); Katholischer Siedlungsdienst; Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung; Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband; Prager-Eltern-Kind-Programm; Verband binationaler Familien und Partnerschaften; Zentralrat der Muslime in Deutschland; Zukunftsforum Familie

# Kapitel 5

## Vielfältige Dimensionen von Familie und Flucht: Erkenntnisse und weitergehende Fragestellungen

Das Bundesforum Familie hat sich zwei Jahre intensiv mit dem Thema „Familie und Flucht“ auseinander gesetzt. In einem gemeinsamen Prozess haben die Mitglieder des Bundesforums entschieden, vor allem vier Themenbereiche intensiv zu beleuchten, die geflüchtete Familien in Deutschland entscheidend betreffen: das Bildungssystem, die Kinder- und Jugendhilfe, die Familienzusammenführung sowie die Annäherung in Wertefragen.

Die Themenbereiche wurden unabhängig voneinander inhaltlich von jeweils einer sogenannten Ad-Hoc-Arbeitsgruppe vor- und nachbereitet, die aus Mitgliedern des Bundesforums bestand. Der Beirat des Bundesforums Familie hat diesen Prozess konstruktiv begleitet.

In diesem Kapitel werfen die Ad-Hoc-Arbeitsgruppen und der Beirat gemeinsam einen Blick auf alle Fachforen. Damit sollen die Kernpunkte der Diskussionen, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede fachforumsübergreifend identifiziert und eingeordnet werden. Zudem werden Themen und Fragen aufgeworfen, die in diesem Diskussionsprozess offen geblieben sind oder sich aus dessen Ergebnissen ableiten lassen.

Ebenso wenig wie die einzelnen Fachforen kann dieses Kapitel den Anspruch haben, die Diskussion zum Thema abschließend zu behandeln. Die Diskussionen in den Fachforen sowie die diese begleitenden Dialoge in den Arbeitsgruppen und im Beirat geben wertvolle Impulse und leisten einen wichtigen Beitrag zur Fortführung eines gesamtgesellschaftlich relevanten Themas. Nicht zuletzt sind die Mitglieder des Bundesforums Familie aufgerufen, sich in diesem Feld weiterhin zu engagieren.

In diesem Kapitel werfen die Ad-Hoc-Arbeitsgruppen und der Beirat gemeinsam einen Blick auf alle Fachforen.

## Grundsätzliche Bedeutung des Themas „Familie und Flucht“

Die Diskussionen standen bereits bei der Entscheidungsfindung zum Thema und seitdem in der Bearbeitung stets unter dem Eindruck, dass die Perspektive auf Familie im Zusammenhang mit dem Thema Flucht sehr zentral, jedoch in der Öffentlichkeit kaum präsent ist. Die Diskussionen haben bestätigt und hervorgehoben, dass geflüchtete Familien selbstverständlich ebenso wie alle anderen Familien wertvolle Erziehungs-, Sorge- und Bildungsarbeit leisten. Sie tun dies sogar oftmals unter schwersten Umständen vor dem Hintergrund von Krieg, Verfolgung, Flucht und Neuankommen. Sie selbst erfüllen damit aus sich heraus einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe. Zudem wurde immer wieder betont, dass auch bei Geflüchteten das Recht auf Familie ein fundamentales Grundrecht ist, das sowohl von internationalen Menschenrechtskonventionen als auch vom deutschen Grundgesetz geschützt ist und in dieser Form unmissverständlich anerkannt und wertgeschätzt werden sollte.

## Besondere Unterstützungsleistungen und der Inklusionsgedanke

Die Mitglieder des Bundesforums Familie haben sich von 2013 bis 2015 intensiv mit dem Thema „Familie und Inklusion“ auseinandergesetzt. Unter anderem wurde dort von den Mitgliedern der entsprechenden Arbeitsgruppe festgehalten, dass es neben Behinderung weitere potentielle Dimensionen sozialer Ungleichheit gibt, die exklusiv wirken, also eine gesellschaftliche und soziale Teilhabe beeinträchtigen können. Ausgehend davon, wurden (auch gut gemeinte) „Sondersysteme“ für Einzelgruppen zunehmend kritisch betrachtet. Diese Diskussion haben die Mitglieder in den aktuellen Fachforen fortgesetzt und damit auch konkretisiert. Deutlich wurde, dass die Auflösung dieses Gegensatzes zwischen Besonderem und Universalem nicht ohne Komplikationen gelingen kann. So wurde im Fachforum „Zugänge geflüchteter Kinder und Jugendlicher zu Regelangeboten der Bildung“ besonders betont, dass die Regelangebote sich sowohl stärker am allgemeinen Inklusionsgedanken ausrichten als auch die Strukturen der Bildungs- und Verwaltungssysteme sich an den Bedarfen geflüchteter Familien orientieren sowie darauf eingehen müssten. Nur dann kann Chancengerechtigkeit – nicht nur in Bildungsfragen – gewährleistet sein, die allen den gleichen Zugang zu Angeboten und Leistungen ermöglicht.

Insbesondere im Fachforum „Junge Geflüchtete und ihre Familien in der Kinder- und Jugendhilfe“ wurde festgestellt, dass geflüchtete Familien teilweise besondere Unterstützung benötigen. Wie vielfältig diese gestaltet sein kann und welche Herausforderungen und Engpässe dabei entstehen können, wurde besonders in diesem Fachforum ausgiebig diskutiert und dargelegt. Gerade hier wurde ein Spannungsfeld deutlich zwischen Forderungen, die spezifischen Bedarfe geflüchteter Familien zu beachten und zu bedienen und der Notwendigkeit von Forderungen nach Angeboten, die sich an alle Familien richten und inklusiv sind.

## Wer ist „wir“?

Bereits in den Jahren 2007 bis 2009 hatte das Bundesforum Familie eine intensive Debatte zu Werten geführt; damals standen vor allem Fragen zu Kindern und Werten, Erziehung und Bildung im Vordergrund. Das Anliegen, über „Werte“ angesichts von Flucht und Migration zu reflektieren, war den Mitgliedern des Bundesforums Familie sehr wichtig, so dass explizit ein Fachforum dazu eingerichtet wurde. Dieses bildete den Auftakt bei der Auseinandersetzung mit dem Thema „Flucht und Familie“. Nicht nur hier wurden „Werte“ zum expliziten Thema, sondern auch in den weiteren Fachforen kamen diesbezügliche Fragestellungen häufig implizit zum Vorschein. Die Rolle von „Anpassung“ bei Integrationsprozessen vor dem Hintergrund einer sich stets wandelnden Aufnahmegesellschaft wurde hinterfragt, ebenso wie die Frage, ob und wie sehr sich die Werte in „unserer“ (also der Aufnahme-) Gesellschaft von den Werten „der Geflüchteten“ unterscheiden.

Mit Nachdruck und wiederholt wurde betont, dass die Aufnahmegesellschaft – ebenso wie die Gruppe der Menschen, die nach Deutschland flüchten – keinesfalls als homogene Einheit gesehen werden kann. Daraus folgt, dass die Wertebildung als aktiver Aneignungsprozess zwischen vielen differenten Akteuren zu betrachten ist, der vor allem durch das alltägliche Zusammenleben geprägt wird. Dies bedeutet, dass unsere Gesellschaft natürlich auch durch zugewanderte Menschen geprägt und gestaltet wird – ebenso wie umgekehrt. So wurde häufig betont – vor allem im Fachforum „Werte lernen in der Migrationsgesellschaft", dass erst das Infragestellen und Identifizieren der eigenen Wertehaltungen und die Beschäftigung mit den persönlichen Wertvorstellungen der Geflüchteten zu einer produktiven Auseinandersetzung über allgemeingültige Werte führen können.

In einem gemeinsamen Prozess haben die Mitglieder des Bundesforums entschieden, vor allem vier Themenbereiche intensiv zu beleuchten, die geflüchtete Familien in Deutschland entscheidend betreffen: das Bildungssystem, die Kinder- und Jugendhilfe, die Familienzusammenführung sowie die Annäherung in Wertefragen.

Bei den Diskussionen zeigte sich deutlich, dass es für einen gelungenen Wertedialog notwendig ist, sich von der Auffassung – oder Hoffnung – zu lösen, es gebe eindeutige Handlungsweisen oder Antworten. Vielmehr müssen die Fragestellungen und die Diskussionen über Werte als ergebnisoffene und wechselseitige Prozesse und Reflexionsmomente betrachtet werden. Diese Reflexivität zog sich im Folgenden konsequent auch durch die weiteren Fachforen, wo jeweils vor den thematischen Hintergründen diskutiert und daraus auch Folgerungen gezogen wurden. So stellt es nicht nur, aber auch eine Wertefrage dar, wenn in den Fachforen zu Bildung und zur Jugendhilfe betont wurde, dass Unterschiede in Kulturen, Religionen, Partnerschaftsmodellen und Erziehungsstilen auch bei den Unterstützungsleistungen und Hilfeangeboten ausgehalten und gelebt werden können müssen, um unsere Gesellschaft zu bereichern und vielfältig werden zu lassen. Dabei sollten Unterschiede weder ignoriert noch besonders betont werden müssen. Die Forderung nach einer kultursensiblen Arbeitsweise und einer tiefgreifenden inklusiven Haltung, die in allen Bereichen der Verwaltung und bei allen Fachkräften erarbeitet und gestärkt werden muss, ist dafür eine konsequente Folge. Ebenso gilt es, nicht nur die Probleme, sondern auch die Ressourcen von Geflüchteten wahrzunehmen und ihnen mit Sensibilität, Respekt und Wertschätzung für ihre mitgebrachten Sprachen, Kulturen und Religionen zu begegnen.

## Die Perspektive „Familie" vs. Perspektiven anderer Politikbereiche

In der gesellschaftlichen Debatte über Flucht stehen sich teils sehr unterschiedliche Perspektiven gegenüber: Die Familien-, Sozial- und Bildungspolitik auf der einen Seite und die Innen-, Asyl- und Migrationspolitik auf der anderen. Durchgängig wurde in den Fachforen bemerkt, dass die derzeitige Priorisierung in den Diskussionen zu

häufig zuungunsten des Familienlebens ausfalle und die eingangs erwähnten Gründe, sich mit genau der Perspektive der Familie intensiv zu beschäftigen, in der öffentlichen Debatte kaum zu hören seien. Beim Thema Familienzusammenführung wird dieser Konflikt besonders sichtbar, implizit schwang er jedoch auch bei den anderen Themen mit, wenn es um Priorisierungen von Leistungen ging. Die Diskussion zur Familienzusammenführung stellte jedoch explizit die Frage: Was bedeutet es für Familien, wenn sie jahrelang voneinander getrennt sind und was sagt das über ihren Stellenwert in unserer Gesellschaft aus? Was bedeutet es hier konkret, die Perspektiven zwischen der Gewährung des Rechts auf Familienzusammenführung und anderen Perspektiven (wie z.B. auf Sicherheits- und Finanzierungsfragen) auszuloten? Diese und weitere Fragen werden in Zukunft weiter verhandelt werden müssen. Deutlich wurde in den Diskussionen des Bundesforums, dass das Recht auf ein Familienleben an dieser Stelle eindeutig nicht ausreichend umgesetzt wird. Dies gilt sowohl in der grundsätzlichen Ausrichtung der derzeitigen Gesetzgebung als auch in der praktischen Umsetzung.

Dabei kam immer wieder die Frage auf, wo und von wem die ressort- und zuständigkeitsübergreifenden Prozesse gesteuert und koordiniert werden könnten. Besonders die sich teils widersprechenden Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche sowie die teils höchst aufwendigen Verwaltungsverfahren bedeuten im Prozess der Familienzusammenführung eine enorme Belastung für Geflüchtete. Die Wertschätzung für Familien sollte sich daher bei der Familienzusammenführung auch in der Klärung von Zuständigkeiten und dem massiven Abbau von bürokratischen Hürden widerspiegeln.

Festgehalten wurde, dass der Wert des Familienzusammenhangs aktiv gelebt werden soll und für alle gelten muss, auch für geflüchtete Familien. Jedoch schließt derzeit das Recht auf Familienzusammenführung lediglich die Ehe- bzw. Lebenspartner und die eigenen minderjährigen Kinder mit ein. Die Forderung, den Familienbegriff nicht auf die Kernfamilie zu verengen, sondern weiter zu fassen und den ganzheitlichen Blick auf die Familie in Richtung der „De-facto-Familie" zu schärfen, wurde in allen Fachforen deutlich.

Zudem wurde im Fachforum „Familienzusammenführung von Geflüchteten" das aktuelle völlige Aussetzen der Familienzusammenführung zu subsidiär Schutzberechtigten besonders diskutiert, das eine Trennung von vielen Familien von bis zu vier Jahren nach sich zieht. Einig waren sich die Beteiligten darin, dass hier politisch ein völlig falsches Signal gesetzt werde, da der Familie nur ein geringer Stellenwert beigemessen wird.

Festgestellt wurde zudem, dass zum Thema Familienzusammenführung mit teils unrealistischen Zahlen hantiert wird, mit dem Ziel, den Eindruck einer unkontrollierten Masseneinwanderung zu schüren. Bedauert wurde, dass dieses Ziel in der Öffentlichkeit zum Teil auch erreicht wird. Dem folgte ein gemeinsamer Appell an die eigene Arbeit der Organisationen: Der überemotionalen Polarisierung des Themas und damit einhergehenden Verunsicherung sollte die familienpolitische Fachöffentlichkeit entschlossen mit nüchternen Fakten, leidenschaftlichen Plädoyers für den Wert von Familie und dem Abbauen von Berührungsängsten gegenüber Zugewanderten begegnen.

## Nachhaltiger Strukturwandel: seit Langem nötig und jetzt umso dringlicher

Im Diskussionsprozess zum Thema „Familie und Flucht" wurde deutlich, dass es insgesamt viele neue Herausforderungen angesichts des Zuzugs von Familien gibt. Allerdings wurde auch immer wieder klar, dass an vielen Stellen der Zuzug geflüchteter Familien lediglich bereits vorhandene Engpässe und Defizite in der Bildungs- und Asylpolitik und in der Kinder- und Jugendhilfe verstärkt und deutlicher zu Tage gebracht hat. Umso dringlicher ist der Ruf nach einem Strukturwandel in Bildungsfragen, in den Unterstützungssystemen der Kinder- und Jugendhilfe und innerhalb der

Asylverfahren. Herausgestellt wurde, dass es auch positive Effekte gab: Verkrustete Strukturen konnten in einigen Bereichen durch den Zuzug von geflüchteten Familien sogar aufgeweicht, modifiziert und teilweise neu ausgerichtet werden. Vielerorts sind angesichts der Bedarfe von geflüchteten Familien neue Netzwerke und Kooperationsformen entstanden. Die Dringlichkeit, diese weiter und flexibler auszubauen und intensiver zu nutzen, wurde bei der Auseinandersetzung mit dem Thema innerhalb der Fachforen mehr als deutlich. So ist ein besserer Umgang mit Schnittstellen und eine bessere Verzahnung von Lebensbereichen anzustreben wie beispielsweise von Bildung, Gesundheit, Quartier etc. Dazu ist es auch unerlässlich, vorhandene Fachkräfte entsprechend zu sensibilisieren und weiterzubilden.

## Fachkräfte qualifizieren, kurzfristige Projekte durch langfristige Maßnahmen ersetzen

Bestätigt wurde, dass das System der Kinder- und Jugendhilfe und der Bildungspolitik angesichts der neuen Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit geflüchteten Kindern und Schutz suchenden Familien teils auch finanzielle Ressourcen erhalten hat. Bedauert wurde dabei jedoch die Zielrichtung der zusätzlichen Mittel und die Rahmenbedingungen, diese einzusetzen. So sind es derzeit vor allem kurzfristige Projekte und Impulse, die profitieren, statt langfristiger Maßnahmen. Sinnvoller wäre es zum Beispiel, Mittel für die Qualifizierung von Fachkräften zu nutzen oder für Übergänge zur Verstetigung von Maßnahmen.

Das Thema Fachkräftemangel in der Asyl- und Bildungspolitik und der Sozialen Arbeit kam innerhalb der Debatten über „Familie und Flucht" im Bundesforum Familie sehr eindeutig zu Tage. Dabei wurde deutlich, dass die besten Strukturen und Gesetze keine adäquate Anwendung finden können, wenn nicht genügend Fachkräfte vorhanden sind.

Von den Beteiligten in den Fachforen wurde die Forderung nach einer nachhaltigen Sicherung von Fachwissen in den Institutionen und Verbänden Sozialer Arbeit betont. Denn sie sehen sich nicht zuletzt vor dem Problem, dass durch eine hohe Fluktuation bei den Fachkräften und kurzfristigen Projekten wertvolle Informationen verloren gehen. Wichtige Bausteine wurden in einer besseren Entlohnung, Sicherheit der Beschäftigten durch unbefristete Stellen und eine bessere Qualifizierung gesehen, die einen strukturellen positiven Wandel und eine Aufwertung in der Sozialen Arbeit bewirken könnten.

Die ehrenamtlich Engagierten erhielten in den Diskussionen einen besonderen Stellenwert. Ehrenamtlichkeit wurde als Querschnittsthema explizit in allen Fachforen mitdiskutiert. Denn allen Beteiligten ist klar, dass freiwillige Unterstützer_innen durch persönliche Begegnungen und konkrete Unterstützung sehr viel zur Inklusion von Geflüchteten beigetragen haben. Gerade vor diesem Hintergrund wurde ihre Rolle zwiespältig gesehen: Die ehrenamtliche Arbeit muss gesellschaftlich stärker anerkannt und durch hauptamtliche Koordination, Beratung und Begleitung zusätzlich unterstützt werden. Anderseits wurde betont, dass bei aller Motivation und Unterstützung ehrenamtlich Tätige die Engpässe der Fachkräfte nicht dauerhaft ersetzen können und dies auch nicht wünschenswert ist.

## Wichtige Erkenntnisse in der Themenbearbeitung wiederholt benannt

Die aktuelle Situation stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Um diese meistern zu können und geflüchtete Familien dabei zu unterstützen, sich im Alltag zurechtzufinden und sich in die Gesellschaft einbringen zu können, wurden in den Diskussionen des Bundesforums Familie verschiedene Punkte wiederholt benannt:

- Das Recht auf Familie muss auch für geflüchtete Familien gelten – inklusive einem gesicherten und raschen Zugang zur Familienzusammenführung für alle Geflüchteten, auch die subsidiär Schutzberechtigten.

- Die kinderrechtliche und familienpolitische Perspektive auf das Thema Flucht muss unbedingt in der aktuellen Debatte gestärkt werden.
- Geflüchtete Familien sind unterschiedlich und haben individuelle Bedürfnisse. Unterstützende Maßnahmen müssen an der Situation der jeweiligen Familie ansetzen.
- In der Verwaltung und bei Fachkräften muss eine kultursensible Arbeitsweise und inklusive Haltung erarbeitet und gestärkt werden, um die Teilhabe Geflüchteter nachhaltig zu unterstützen.
- Inklusion gilt auch für geflüchtete Kinder und Familien: Die Strukturen der Bildungs- und Verwaltungssysteme müssen sich an den Bedarfen geflüchteter Familien orientieren und darauf eingehen. Hierfür müssen ausreichend Mittel in langfristige Projekte und Strukturmaßnahmen fließen.
- Das Ehrenamt leistet für Geflüchtete Herausragendes, kann und sollte jedoch das Hauptamt nicht ersetzen. Das Ehrenamt sollte mit professioneller Begleitung und Koordinierung unterstützt werden. Fachkräfte der Sozialen Arbeit brauchen bessere Entlohnung, unbefristete Stellen und verbesserte Qualifizierungsmöglichkeiten.
- Durch den Abbau von Berührungsängsten und der Auseinandersetzung mit tatsächlichen Fakten zum Thema Flucht muss einer überemotionalen Polarisierung des Themas entschieden entgegengetreten werden.

## Das Thema „Familie und Flucht“ im Austausch miteinander weiterentwickeln, gemeinsam nach außen wirken

Die Debatten in den Fachforen haben gezeigt, wie vielfältig die Aktivitäten der im Bundesforum Familie mitwirkenden Organisationen in der Unterstützung geflüchteter Familien sind. Viele Organisationen haben im Zuge des vermehrten Zuzugs Geflüchteter in den letzten Jahren hervorragende Beiträge geleistet und ihren großen Erfahrungsschatz und ausgewiesene Expertise in die Diskussionen im Bundesforum Familie eingebracht. In den einzelnen Fachforen und in den Ad-Hoc-Arbeitsgruppen konnten sich die Teilnehmer_innen auf vielfältige Weise in die spezifischen Themen vertiefen, sich mit einbringen und die gewonnenen Erkenntnisse in ihre eigene Arbeit einbeziehen. Dabei bot sich vielfach die Gelegenheit, die eigenen Erfahrungen mit denen anderer zu vergleichen und aus den Reflexionen Rückschlüsse auf die eigene Arbeit zu ziehen.

Das Selbstverständnis des Bundesforums Familie ist es stets, eine duale Funktion zu erfüllen: einerseits gilt es, den Mitgliedsorganisationen als Plattform zur Verfügung zu stehen, damit sie sich intern vernetzen, gegenseitig bereichern und inspirieren können und andererseits sollte es als Bündnis die vielfältigen Stimmen der Mitglieder bündeln und in die Öffentlichkeit tragen, um sich in laufende Diskussionsprozesse einzumischen oder neue anzustoßen. Bei den Fachforen sowie der Vor- und Nachbereitung ergaben sich vielfältige Vernetzungen und Kooperationen, ein hohes Maß an Wissensaustausch, aber auch kontroverse Meinungen und ungeklärte Fragen. Diese gilt es in weitere Diskussionsprozesse mit aufzunehmen, ihnen nachzugehen und miteinander im Gespräch zu bleiben. In vielen Fragen zeigte sich eine große Übereinstimmung der mitwirkenden Organisationen: das Thema Flucht aus kinderrechtlicher und familienpolitischer Perspektive anzugehen und diese Sichtweise auch selbstbewusst nach außen in der aktuellen Debatte zu vertreten, die ansonsten sehr von einer ordnungs- und sicherheitspolitischen Logik dominiert wird. Die Erkenntnisse und Fragestellungen aus dem Themenschwerpunkt „Familie und Flucht“ werden die Mitglieder des Bundesforums Familie darüber hinaus in den täglichen Arbeitsprozessen begleiten und in zukünftige Überlegungen und perspektivische Ausgestaltungen von Arbeitsprozessen mit einfließen.

# Mitglieder des Bundesforums Familie

Aktion Mensch • Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) • Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (AWO) • Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung (AKF) • Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) • Arbeitskreis Neue Erziehung (ANE) • Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration • Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Amt für Familie, Freie und Hansestadt Hamburg • Bertelsmann Stiftung • Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) • Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (BAGE) • Bundesarbeitsgemeinschaft Familienbildung und Beratung • Bundesarbeitsgemeinschaft für Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien (BAG KiAP) • Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter • Bundesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendeinrichtungen (BAG OKJE) • Bundeselternrat (BER) • Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU • Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke) • Bundesverband behinderter und chronisch kranker Eltern (bbe) • Bundesverband der Mütterzentren • Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (PFAD) • Bundesverband für Kindertagespflege • Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm) • Bundesverband russischsprachiger Eltern (BVRE) • Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder (BETA) • Bundesvereinigung Lebenshilfe • Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat • Bündnis 90/DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion • CDU/CSU-Bundestagsfraktion • Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften • dbb beamtenbund und tarifunion • Der Paritätische – Gesamtverband • Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) • Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) • Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie und Familientherapie (DGSF) • D eutsche Liga für das Kind • Deutscher Betriebssportverband • Deutscher Bundestag, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend • Deutscher Caritasverband • Deutscher Familienverband (DFV) • Deutscher Frauenrat • Deutscher Frauenring • Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) • Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband • Deutscher Landkreistag • Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) • Deutscher Städtetag • Deutscher Städte- und Gemeindebund • Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge • Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR) • Deutscher Wanderverband • Deutsches Jugendinstitut (DJI) • Deutsches Kinderhilfswerk • Deutsches Rotes Kreuz (DRK) • DHB – Netzwerk Haushalt – Berufsverband der Haushaltsführenden • Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband • evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf) • Evangelische Hochschule Berlin • Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung (EKFuL) • Familienbund der Katholiken (FDK) • Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland (FÖTED) • Fokolar-Bewegung • Forschungsgruppe Kommunikation und Soziales (f•k•s) • Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) • Gesellschaft für Geburtsvorbereitung – Familienbildung und Frauengesundheit – Bundesverband (GfG) • Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand (GEW) • Haushalt in Bildung und Forschung • Hessisches Ministerium für Soziales und Integration • Humanistischer Verband Deutschlands, Bundesverband • IMPULS Deutschland Stiftung • Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) • Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) • Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover • Institut für Familien- und Sozialforschung, Theologische Hochschule Friedensau • Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis • Integrierte Mediation • Internationaler Sozialdienst | ISD (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge)• Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland • Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie • Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands • Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung • Katholische Elternschaft Deutschlands (KED) • Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands Bundesverband (kfd) • Katholischer Siedlungsdienst (KSD) • Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) • Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland • Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Jugend und Familie • Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg • Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz • Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung • Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband • Pestalozzi Fröbel Verband (pfv) • Prager-Eltern-Kind-Programm (PEKiP) • pro familia Bundesverband • Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz • SHIA Bundesverband • Sichtwechsel e.V. – für gewaltfreie Medien • Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein (SkF) • SPD-Bundestagsfraktion • spiel gut – Arbeitsausschuss Kinderspiel und Spielzeug • Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) • Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP) • Stiftung Lesen • Systemische Gesellschaft, Deutscher Verband für systemische Forschung, Therapie, Supervision und Beratung • Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie • ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung, Bereich Genderpolitik • Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband (VAMV) • Verband Bildung und Erziehung (VBE) • Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf) • Verband Familienarbeit • Verband deutscher Realschullehrer (VDR) • Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder – Bundesverband (KTK) • Verband kinderreicher Familien Deutschland (KRFD) • Verein zur Förderung von Beziehungskompetenz • Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) • Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) • Zukunftsforum Familie (ZFF)

## Das Bundesforum Familie

Das Bundesforum Familie ist ein unabhängiges Netzwerk für ausgewählte Themenfelder der Familienpolitik, das durch die aktive und vernetzte Zusammenarbeit der rund 120 Mitgliedsorganisationen die Lebensbedingungen von Familien verbessern will. Es setzt sich dafür ein, dass familienrelevante Belange in allen gesellschaftlichen und politischen Gestaltungsbereichen berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck sind im Bundesforum Familie Organisationen mit unterschiedlichsten Schwerpunkten versammelt. Ihr gemeinsames Ziel ist es, für eine familienfreundliche Gesellschaft aktiv Verantwortung zu übernehmen. Zur Verbesserung und Weiterentwicklung familienfreundlicher Rahmenbedingungen entwickelt das Bundesforum Familie Vorschläge, die dem Grundsatz der Nachhaltigkeit entsprechen. Auf der Grundlage der Selbstverpflichtung und aktiver Übernahme von Verantwortung wirkt das Bundesforum Familie sowohl nach außen in Politik und Gesellschaft hinein, als auch in die eigenen Organisationen, indem die Erkenntnisse in den jeweils eigenen Arbeits- und Einflussbereichen so weit wie möglich umgesetzt werden. Die Mitgliedsorganisationen leisten damit ihren Beitrag im Rahmen des Bundesforums Familie und stellen sich gleichzeitig in die Gesamtverantwortung für die Gesellschaft.

Bundesforum Familie
c/o AGF
Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14
10785 Berlin

Tel.: 030/2902825-70
Fax: 030/2902825-89

info@bundesforum-familie.de
www.bundesforum-familie.de

Das Bundesforum Familie
ist ein Projekt der

AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

Das Bundesforum Familie
wird gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend